

**BDK-WKF-07** BDK-WKF-07: BDK-Leitantrag BuVo u.a. Handeln – und zwar jetzt!  
Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

Gremium:	Bundeschristenrat, BAG Bildung, BAG Energie, BAG Landwirtschaft, BAG Mobilität und Verkehr, BAG Planen Bauen Wohnen, BAG Tierschutz, BAG Wirtschaft und Finanzen, BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	03.10.2019
Tagesordnungspunkt:	Diskussion und Beschlussfassung von Änderungsanträgen zu den Leitanträgen der BDK

## Antragstext

- 1 „Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen.“[\[1\]](#)
- 2 Mit diesen Worten verpflichtete sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris, die Erhitzung
- 3 des
- 4 Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5
- 5 Grad“ zu
- 6 halten und perspektivisch nur noch so viel Treibhausgase auszustoßen, wie das
- 7 natürliche
- 8 Ökosystem aufnehmen kann. Die Industriestaaten sollten voranschreiten und bis Mitte
- 9 des
- 10 Jahrhunderts klimaneutral werden.
- 11 Doch das Gegenteil ist passiert. Zu Recht demonstrieren weltweit Millionen Menschen
- 12 auf der
- 13 Straße für den Schutz der Erde. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen[\[2\]](#) ist weltweit
- 14 ungebrochen. Mehr als 36 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert unsere noch immer auf
- 15 fossilen
- 16 Energien wie Kohle, Öl und Gas basierende Weltwirtschaft jedes Jahr. Das heizt die
- 17 Atmosphäre immer weiter auf. Die Klimakrise spitzt sich dramatisch zu. Die
- 18 vergangenen vier
- 19 Jahre waren weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits
- 20 jetzt ist
- 21 die globale Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um
- 22 etwa 1
- 23 Grad[\[3\]](#) angestiegen. Die Eisschilde schmelzen immer schneller und der Anstieg des
- 24 Meeresspiegels verdoppelt sich. Werden die für das Weltklimasystem sensiblen
- 25 Kipppunkte
- 26 erreicht, steuert die Erde auf eine Erhitzung von vier und mehr Grad zu. Irreversible
- 27 Kipppunkte, wie das Abtauen der Permafrostböden, sind zum Teil schon jetzt erreicht –
- 28 über
- 29 70 Jahre früher als wissenschaftlich angenommen. Landstriche werden überflutet,
- 30 trocknen aus
- 31 und werden unbewohnbar. Am stärksten von der Zerstörung der natürlichen
- 32 Lebensgrundlagen
- 33 betroffen sind die Ärmsten der Armen. Im Globalen Süden sind viele Menschen
- 34 aufgrund von

21 Dürren oder Meeresspiegelanstiegen bereits jetzt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

22 Auch in Deutschland ist die Klimakrise angekommen. Auf den Feldern, in den Wäldern.  
23 Mehr als 180.000 Hektar Waldfläche, was 250.000 Fußballfeldern entspricht, sind bereits durch  
24 die Klimaveränderung zerstört. Doch statt vier Jahre nach dem Pariser Abkommen endlich  
25 zu reagieren, verabschiedete die Bundesregierung nun ein Klimapaket, was das 1,5-Grad-Limit  
26 endgültig beerdigt und selbst für einen 2-Grad-Pfad viel zu wenig ist. Damit wird  
27 Deutschland seiner internationalen Klimaverantwortung nicht gerecht. Denn gemäß dem  
28 Sachverständigenrat für Umweltfragen<sup>[4]</sup> ergibt sich aus dem jüngsten Sonderbericht  
29 des UN-Weltklimarats IPCC für uns bei gleichmäßiger Aufteilung auf die Weltbevölkerung ein  
30 verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ab  
31 2020<sup>[5]</sup>. Bei fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre das Budget in weniger als neun  
32 Jahren verbraucht, bei einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur  
33 Treibhausgasneutralität bis 2050, wie auf europäischer Ebene angestrebt, erfordert  
34 überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren.

35 Daran wird deutlich: Die Uhr tickt und wir müssen schnell und zügig umsteuern. Je  
36 rascher wir die Emissionen senken, desto länger reicht unser CO<sub>2</sub>-Budget, um den Übergang in  
37 die klimaneutrale Gesellschaft gemeinsam gestalten zu können. Jedes weitere Jahr  
38 hingegen, in dem nichts getan wird, verschärft die Krise, da sich CO<sub>2</sub> in der Luft ansammelt und der  
39 Erhitzung der Atmosphäre weiter Vorschub leistet. Wir brauchen eine Radikalität, die  
40 sich in entschlossenem Handeln ausdrückt, und eine Fokussierung der Debatte auf die  
41 nächsten fünf Jahre statt auf Langfristziele.

42 Jetzt wird über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre entschieden. Jetzt wird  
43 entschieden, ob wir die europäische Landwirtschaftspolitik neu justieren. Es geht jetzt darum, den  
44 Ausbau des Schienenverkehrs voranzubringen. Jetzt müssen wir entscheiden, ob öffentliche  
45 Mittel für Infrastruktur auch für Öl- und Gaspipelines ausgegeben werden. Es gilt jetzt zu  
46 entscheiden, wie wir aus Handelsabkommen mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima  
47 rauskommen. Die EU muss als eine Hauptverursacherin der Klimakrise ambitioniert vorangehen – jetzt!  
48 Europa hat die historische Verantwortung vorzumachen, wie das Wirtschaften in planetaren

## Grenzen

49 demokratisch erreicht werden kann.

50 Der Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter lohnt sich

51 Ohne Zweifel sind die Herausforderungen enorm. Wir sehen aber auch nie dagewesene Chancen

52 für eine neue Lebensqualität und nachhaltigen Wohlstand. Klimaschutz macht unsere Städte

53 grüner, leiser, sauberer und sicherer. Er hilft, die Artenvielfalt zu bewahren. Er macht uns

54 unabhängig von russischem Gas und saudischem Öl. Klimaschutz eröffnet unseren Unternehmen

55 neue Geschäftsfelder. Er schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.

56 Ja, Klimaschutz kostet viel Geld. Aber es ist volkswirtschaftlich völlig klar, dass uns kein

57 Klimaschutz deutlich mehr kosten wird: Der Stern-Report machte bereits 2006 deutlich, dass

58 die jährlichen Kosten für Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration bei

59 etwa einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die jährlichen Kosten einer

60 ungebremsten Klimaerhitzung hingegen werden dem Verlust von mindestens fünf Prozent des

61 globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und

62 Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden sogar auf 20 Prozent oder mehr ansteigen.

63 Zudem wird Klimaschutz enorme neue Werte schaffen: Wirtschaftsstudien sehen ein Geschäftspotenzial von etwa elf Billionen Euro durch neue, digital-basierte klimafreundliche

65 Geschäftsmodelle im Jahr 2030. Die sozial-ökologischen Innovationen in allen Sektoren können

66 Europa zu deutlich mehr Wohlstand verhelfen.

67 Wir müssen im Hier und Heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir werden das

68 nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden Änderungen

69 werden nicht für alle einfach. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.

70 Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen. Deshalb ist eine aktive politische

71 Gestaltung dieser Veränderung ebenso wichtig wie ihre kluge soziale Absicherung und Balance.

72 Klimaschutz erfordert eine aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, eine sozial faire

73 Rückerstattung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine kluge Regional- und Strukturpolitik. Und schließlich

74 gilt: Die notwendigen Veränderungen werden nur demokratisch gelingen, also wenn wir es

75 schaffen, gemeinsam die notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen  
anzugehen, neue  
76 Wege auszuhandeln und so die Menschen mit auf den Weg nehmen.

77 Am 20. September 2019 haben wir zwei Parallelwelten erlebt: Auf der einen Seite  
standen  
78 weltweit mehrere Millionen Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gegangen  
sind. Auf  
79 der anderen Seite sahen wir eine völlig ermüdete Koalition, die nicht in der Lage war,  
mehr  
80 als Trippelschritte zu liefern.

81 Für uns bedeutet das: Jetzt erst recht! Die Gesellschaft ist viel weiter als die deutsche  
82 Bundesregierung. Wir starten einen neuen Anlauf in der Klimapolitik: Wir machen ein  
Angebot  
83 an all jene, die vorangehen wollen, von Fridays for Future über Gewerkschaften,  
progressive  
84 Unternehmer\*innen bis hin zu Klimakommunen, Kulturschaffenden und allen, die sich  
noch  
85 anschließen wollen. Gemeinsam, im Bündnis mit ihnen wollen wir die Wende in der  
Klimapolitik  
86 schaffen und die Chancen des Klimaschutzes für mehr Gerechtigkeit und  
Zusammenhalt nutzen.

87 Ziel dieses Antrags und unserer Politik ist es, einen radikal realistischen und  
88 sektorenübergreifenden Maßnahmenplan vorzulegen Die entscheidende Messlatte ist  
dabei für  
89 uns das nationale Klimabudget, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen  
werden  
90 dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten; wissentlich, dass  
auch  
91 Budgets nur modellhaft gerechnet sind und dass weder technologische noch  
gesellschaftliche  
92 Entwicklungen linear verlaufen. Durch soziale und technologische Innovationen, die  
wir heute  
93 noch gar nicht kennen können, werden unsere momentanen Annahmen  
selbstverständlich in den  
94 kommenden Jahren angepasst werden müssen. Aber wir widersprechen allen, die  
daraus ableiten,  
95 eigentlich müssen wir doch in der Gegenwart gar nichts tun, denn irgendwann kommt  
die  
96 Wundertechnik, die alle unsere Probleme löst. Es ist genau umgekehrt: Positive  
Innovationen  
97 und Eigeninitiative als Katalysatoren der Veränderung müssen durch Abschied vom  
alten  
98 überhaupt erst ermöglicht sowie gefördert und angereizt werden. Wir müssen jetzt  
schnell  
99 loslaufen, damit wir eine Chance haben, auf dem Weg zu lernen.

100 **1. Ein Klimaschutzgesetz für einen verbindlichen planungs- und  
ordnungsrechtlichen Rahmen**

101 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen

102 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnisse sowie verankerten Korrekturmechanismen bei

103 Zielverfehlung können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad von Paris beim Klimaschutz

104 kommen. Durch ein Klimaschutzgesetz müssen endlich Verbindlichkeiten innerhalb der

105 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben werden. Denn die

106 Verantwortung für das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim

107 Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch die

108 Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft in die

109 Pflicht nehmen. Was wir brauchen ist eine Klimaregierung.

110 Dazu gehört auch, dass wir Klimaschutz ins Grundgesetz schreiben. Wir möchten:

- 111 • die international vereinbarten Klimaschutzziele in die Verfassung aufnehmen,
- 112 • eine „CO<sub>2</sub>-Bremse“, mit der jedes neue Gesetz auf seine „Klimawirksamkeit“ überprüft
- 113 werden soll („climate mainstreaming“), verbindlich in der Verfassung verankern. Damit
- 114 werden alle zukünftigen Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das
- 115 Klima zu überprüfen sein sowie Klimaschutz wird insgesamt besser einklagbar.

116 Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen bildet:

- 117 • klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- 118 • klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO<sub>2</sub>-Minderungspfade für alle Sektoren mit
- 119 dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- 120 • dichte Kontrolle, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- 121 • gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

122 Klare ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzgesetz die zentrale Rolle

123 spielen. Alle großen umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das Ordnungsrecht

124 erreicht. Zudem wäre es fatal, allein auf Preissignale zu setzen. Denn wollte man die

125 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO<sub>2</sub> erreichen, müsste dieser so hoch sein, dass er

126 unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde. Einige könnten

127 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit Klimaschutz eben nicht zu Lasten der

128 Menschen mit geringeren Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO<sub>2</sub>-  
Preis,  
129 Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht. So kann man die jeweiligen  
Vorteile der  
130 Instrumente nutzen und gleichzeitig Nachteile minimieren. Gut gemacht, wird der  
ordnende  
131 Rahmen zum notwendigen Innovationstreiber.  
132 Klar gibt es gegen Ordnungsrecht, also auch Verbote, immer Vorbehalte. Aber Regeln  
zu  
133 setzen, also zu sagen, was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der  
beste  
134 Innovationsmotor. Heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten  
ist,  
135 Asbest nicht mehr eingebaut werden darf und Weichmacher in Kinderspielzeug  
verboten sind.  
136 Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich der Chemikalien. Nach Verboten  
entwickelt  
137 die Branche meist innerhalb kürzester Zeit ungefährlichere Alternativen oder bereits  
138 vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt. Deshalb machen wir  
Klimaschutz  
139 mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz planbar und  
rechtlich  
140 verbindlich.

## 141 **2. Planungen beschleunigen**

142 Die Energie- und Verkehrswende braucht zügige, bürger\*innennahe und effiziente  
143 Planungsprozesse. Zentrale Herausforderung dafür ist die Aufstockung und  
Qualifizierung von  
144 Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Seit 1990 wurde in den  
Kommunen knapp  
145 die Hälfte des Bau- und Planungspersonals abgebaut. Daher ist es dringend  
erforderlich, hier  
146 wieder Personal einzustellen. Wir werden den Kommunen und genehmigenden  
Behörden das Planen  
147 und Steuern erleichtern. Durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle  
148 Entlastung der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente für Klimaschutz.  
149 Zu einem wirkungsvollen ordnungsrechtlichen Rahmen gehört es auch, den  
Kommunen und  
150 Genehmigungsbehörden das Planen und Steuern von Klimaschutzmaßnahmen zu  
erleichtern. Ebenso  
151 bedarf es einer Modernisierung des Planungsrechts. Denn die Zeit läuft uns davon und  
wir  
152 brauchen rasch Baugenehmigungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,  
153 Übertragungsleitungen wie auch Schienenverbindungen. Planungs- und  
Genehmigungsverfahren  
154 können deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, wenn man im Verkehrswegebau  
bei  
155 Ersatzneubauten ohne Ausbau bzw. Erweiterung die Maßstäbe für Sanierungen statt  
für  
156 Neubauten heranzieht.

- 157 Die Planungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind zu lang und wir wollen sie für alle  
CO<sub>2</sub>-  
158 mindernde Infrastruktur halbieren, indem
- 159 • wir eine Priorisierung der zu bauenden Infrastrukturprojekte vornehmen, auch,  
um sich  
160 bei geringen Planungskapazitäten nicht zu verzetteln,
  - 161 • frühzeitig Bürger\*innen und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden und  
so die  
162 Entwicklung von Optionen und Varianten sowie das frühe Ausräumen von  
Konflikten  
163 ermöglicht wird,
  - 164 • wir für Verkehrsprojekte eine bessere Verzahnung von Raumordnungs- und  
165 Planfeststellungsverfahren gewährleisten, etwa indem die  
Untersuchungsergebnisse des  
166 Raumordnungsverfahrens für das Planfeststellungsverfahren genutzt werden  
können; sich  
167 wiederholende Verfahrensschritte in beiden Verfahren könnten zusammengeführt  
werden,
  - 168 • die Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und  
Genehmigungsverfahren  
169 für ÖPNV bei der anstehenden Novelle des Personenbeförderungsgesetzes  
übernommen  
170 werden,
  - 171 • Arten- und Naturschutz von vornherein in die Planungen einbezogen werden, um  
Verfahren  
172 schneller und rechtssicherer zu machen. Für den erforderlichen Ausgleich bei  
173 Eingriffen in die Natur müssen Kompensationsmaßnahmen verstärkt und  
vereinfacht  
174 werden, auf die dann die Vorhabenträger\*innen zurückgreifen können,
  - 175 • wir die behördlichen Abstimmungsprozesse effizienter gestalten. Beim  
Artenschutz etwa  
176 gibt es ein großes Potenzial für den Wissensaustausch zwischen Behörden und  
für  
177 vorgezogene Großmaßnahmen über ein Ökokonto und andere  
Anrechnungsvereinfachungen,
  - 178 • eine verbindliche Frist bis zur Eröffnung von Gerichtsverfahren bei gleichzeitiger  
179 personeller Stärkung der Gerichte eingeführt wird.

### 180 **3. Ökonomische Anreize richtig setzen**

- 181 Ergänzend zum planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen wollen wir die  
notwendigen  
182 ökonomischen Anreize setzen, damit der Klimaschutz vorankommt.
- 183 Dafür setzen wir auf eine CO<sub>2</sub>-Preiskomponente auf alle fossilen Brennstoffe über den  
184 bestehenden europäischen Emissionshandel (ETS) hinaus. Dem Preis kommt in einer

185 Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch  
wirksame,  
186 sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Das ist eine wesentliche  
187 Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative  
188 Klimaschutztechnologien sich durchsetzen. Das Umweltbundesamt schätzt die Kosten  
der  
189 Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO<sub>2</sub> entstehen, auf 180 Euro – in Preisen  
von 2016  
190 gerechnet. Doch die Preiskomponente ist nur ein Hebel für Klimawirksamkeit neben  
den  
191 ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie dem Kohleausstieg.

192 Wir brauchen also einen Preis, der lenkt, Innovationen schafft und zugleich nicht sozial  
193 verzerrt oder schnellere und wirkungsvollere ordnungsrechtliche Maßnahmen  
konterkariert. In  
194 der Schweiz liegt der nationale Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> bei rund 90 Euro für fossile  
Brennstoffe  
195 wie Heizöl, Erdgas oder Kohle. Globaler Spitzenreiter ist derzeit Schweden mit rund  
110 Euro  
196 pro Tonne CO<sub>2</sub> für alle fossilen Brennstoffe. Als Sofortmaßnahmen werden wir uns für  
197 Folgendes einsetzen:

- 198 • Die Energiesteuern im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO<sub>2</sub>-  
Komponente  
199 reformieren. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren sollte aktuell bei 40 Euro  
liegen  
200 und 2021 auf 60 Euro steigen, um etwas zu bewirken. Der Preis muss danach  
weiter  
201 planbar ansteigen. Dafür schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges  
Gremium vor,  
202 das bis zu einer Einigung auf europäischer Ebene die Preissteigerung fortführt.
- 203 • Mit den Einnahmen senken wir die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige  
Minimum  
204 ab und führen als sozialen Ausgleich ein Energiegeld für alle ein.
- 205 • Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung dementsprechend bei der  
Neufassungen  
206 der Energiesteuerdirektive für eine ambitionierte CO<sub>2</sub>-Mindestbepreisung  
eintreten. Wir  
207 werden uns dafür einsetzen, dass ein CO<sub>2</sub>-Preis im Non-ETS-Bereich europaweit  
208 eingeführt wird.
- 209 • Im europäischen Emissionshandel, der vor allem Industrieanlagen und Kraftwerke  
210 abdeckt, sollte Deutschland, idealerweise in Abstimmung mit anderen  
europäischen  
211 Ländern wie Frankreich und die Niederlande, einen gemeinsamen Mindestpreis in  
Höhe von  
212 40 Euro festlegen. Zeigt sich, dass der Mindestpreis keine Wirkung erzielt, muss



hier  
nachgesteuert werden.

- Wir wollen die Wirksamkeit der Marktstabilitätsreserve im europäischen Emissionshandelssystem erhöhen, damit die immer noch vorhandenen überschüssigen Emissionszertifikate stärker reduziert und schneller vom Markt genommen werden.
- Im Zuge der Stilllegung von Kraftwerksblöcken werden wir entsprechend den vom Netz gehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen Emissionszertifikate vom Markt nehmen, indem wir dafür das nationale Versteigerungsbudget entsprechend kürzen. Damit wird vermieden, dass hier eingesparte Emissionen an anderer Stelle in Europa emittiert werden können.

#### **4. Umweltschädliche Subventionen abbauen**

Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir umwelt- und klimaschädliche Subventionen konsequent abbauen. Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57 Milliarden Euro. Staatliche Subventionen, die dem Klima schaden, wollen wir endlich beenden, wie zum Beispiel

- die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
- dem immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder
- die Nichtbesteuerung von Kerosin.

#### **5. Klimafreundlich wirtschaften**

Klimaschutz geht nur in einem System, das klimafreundliches Verhalten belohnt und nicht wie heute strukturell erschwert. Wir beschreiben im Rahmen des Antrags „Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand“ ausführlich unsere Vision für ein gesamthaftes positiv transformiertes Wirtschaftssystem. Ausgewählte wesentliche Aspekte, die auch das Klima betreffen, sind:

- Unseren gesellschaftlichen Erfolg wollen wir nicht mehr nur mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) berechnen, sondern darüber hinaus auch unseren Erfolg im Klimaschutz in die gesellschaftliche Wohlstandsmessung und -steuerung integrieren, wie etwa den absoluten CO<sub>2</sub>-Ausstoß. So verändern wir die gesellschaftliche Wahrnehmung und

- 240 Prioritätensetzung im Einklang mit den planetaren Grenzen im Sinne des neuen  
241 Wohlstandskonsenses.
- 242 • Entsprechend ändern wir auf betriebswirtschaftlicher Ebene die  
Buchhaltungsregeln und  
243 Erfolgsrechnung hin zu einer nachhaltigen Bilanzierung von Unternehmen, die  
nicht nur  
244 den finanziellen, sondern auch den ökologischen Wert von Unternehmen misst  
und  
245 steuert. Hier wollen wir praxisnah mit führenden Wirtschaftsinitiativen  
246 zusammenarbeiten und Konzepte wie das der Gemeinwohlökonomie aufgreifen.
  - 247 • In der Digitalisierung fördern wir gezielt klimawirksame Innovation, damit sie ihr  
248 Potenzial für die notwendige Suffizienz, Effizienzsteigerungen und  
Dematerialisierung  
249 entfalten kann und nicht unkontrollierbaren Schaden durch immer mehr  
Energiehunger  
250 anrichtet. Auch mithilfe der Digitalisierung könnten wir es schaffen,  
wirtschaftliches  
251 Wachstum von steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen zu entkoppeln.
  - 252 • Bei öffentlichen Investitionen und der Vergabe wenden wir auf allen politischen  
Ebenen  
253 sozial-ökologische Kriterien bei der Entscheidungsfindung und Planung an.
  - 254 • Wir stärken die kommunalen Ebenen. Gesetzliche Rahmenbedingungen dürfen  
die  
255 Kreativität und regional spezifische Maßnahmen und Erfordernisse zum Schutz  
des Klimas  
256 und zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen nicht blockieren. Kommunen  
müssen  
257 zum Vorbild anderer voranschreiten können.
  - 258 • Klimaagenturen mit beratender Funktion geben „Best Practice“-Beispiele weiter,  
259 unterstützen bei Förderanträgen und organisieren Bildungsveranstaltungen und  
260 Bürger\*innenforen.
  - 261 • Wir brauchen eine Kampagne für das Handwerk und Umschulungsangebote, auch  
für  
262 Unternehmen, und oft in Verbindung mit digitalen Technologien. Der immense  
Ausbau der  
263 Erneuerbaren, die Sanierung von Gebäuden, das 100.000-Wärmepumpen-  
Programm oder auch  
264 die intensivere Öko-Landwirtschaft – der Klimaschutz wird zig Tausende neue Jobs  
265 bringen, vor allem in Technologie und Handwerk.

## 266 **6. Sektorspezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele**

267 Um die Ziele des Klimaschutzgesetzes in den einzelnen Sektoren zu erreichen, wollen  
wir die  
268 nachfolgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

269 6a. Stromerzeugung erneuerbar

270 Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO<sub>2</sub> für die Energiewirtschaft bei über 300  
271 Millionen  
272 Tonnen jährlich, das sind über 30 Prozent. Das ist meilenweit von einem Pfad zur  
273 Einhaltung  
274 der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der  
275 erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jedes  
276 Klimaschutzes. Um  
277 die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien  
278 nicht  
279 mehr nur entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz im Strombereich,  
280 sondern  
281 auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig auf elektrischer Basis  
282 betrieben und  
283 massiv erneuerbare Energie benötigen. Hinzu kommt der zusätzliche Bedarf an  
284 erneuerbarem  
285 Strom, um Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher oder für  
286 erneuerbare  
287 Treibstoffe) zu produzieren, gerade auch für den Stahl- und den Chemiebereich. Es  
288 geht nun  
289 also nicht mehr nur um die 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zur reinen  
290 Elektrizitätsversorgung, die wir 2030 erreichen wollen, sondern um 100 Prozent  
291 erneuerbaren  
292 Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft insgesamt.

283 Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns  
284 derzeit  
285 aber nur auf einem Ausbaupfad von maximal 45 Prozent bewegen. Das ist auch das  
286 größte  
287 Hindernis für den Kohleausstieg, den wir sofort beginnen und schnell abschließen  
288 müssen. Die  
289 von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat nun endlich einen Plan  
290 zum  
291 Kohleausstieg vorgelegt. Es ist nicht unser Plan, aber das Einzige, was wir derzeit in  
292 einem  
293 gesellschaftlich vereinbarten Kompromiss haben. Gerade mit Blick auf das Enddatum,  
294 das nicht  
295 Paris-kompatibel ist, gibt es Korrekturbedarf – deshalb haben die am Ergebnis  
296 beteiligten  
297 Umweltverbände und Wissenschaftler\*innen Revisionsklauseln verankert und ein  
298 Sondervotum  
299 abgegeben. Entscheidend ist jetzt, das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget für den Stromsektor  
300 deutlich  
301 zu reduzieren. Das heißt viele Kraftwerke schnell und zeitnah abzuschalten, um 2030  
302 auch aus  
303 der Kohle aussteigen zu können. Wir machen uns daher dafür stark:

- 294 • über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein Viertel

- 295 der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten  
abzuschalten,
- 296 • einen verbindlichen und möglichst entschädigungsfreien Abschaltplan für  
297 Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022,
- 298 • die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer  
Energien  
299 sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln.
- 300 Zentral dafür wird sein, ob wir den Ausbau der Erneuerbaren und des Energiesystems  
umgehend  
301 und massiv voranbringen.
- 302 Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren  
Energien fast zum  
303 Erliegen gebracht. Durch die letzten Novellen ist aus dem extrem erfolgreichen  
Erneuerbare-  
304 Energien-Gesetz, dem am häufigsten kopierten Gesetz der Welt, mittlerweile eher ein  
Anti-  
305 Erneuerbare-Energien-Gesetz geworden: Den Erneuerbaren wurden Deckel und andere  
Hindernisse  
306 zur Verhinderung von schnellem Wachstum vorgegeben. Das ist der eigentliche  
Skandal.
- 307 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren mit großer Geschwindigkeit wieder in Gang  
bringen.
- 308 Konkret soll die installierte Leistung von Wind onshore in den nächsten zehn Jahren  
309 mindestens verdoppelt, die für offshore verfünffacht und die für PV (Dach, Fassaden  
und  
310 Freiflächen) auf 250 Gigawatt (GW) angehoben werden. Damit sowie mit massiver  
311 Energieeinsparung kann Deutschland seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar  
decken und auch  
312 noch einen Teil der Sektorenkopplung. Klar ist: Die Energiewende mit 100 Prozent  
313 Erneuerbaren kann nur gelingen, wenn wir sie endlich umfassend europäisch denken  
und  
314 zugleich die Potenzial der Bürger\*innen-Energiewende wieder heben.
- 315 Für die erneuerbaren Energien in den Bereichen Industrie, Wärme, Verkehr wollen wir  
316 Energiepartnerschaften mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union aus dem  
Sonnengürtel  
317 zur Produktion von solarem Wasserstoff schließen. Solche Energiepartnerschaften  
müssen auf  
318 Augenhöhe und unter Einbeziehung der Bürger\*innen in der Region verhandelt  
werden. Die  
319 Vorteile müssen vor allem der Region zugutekommen, aus welcher die Energie  
geliefert wird.
- 320 Weder ist es nötig noch erstrebenswert, dass wir dezentrale Energieerzeugung zu  
kleinteilig  
321 denken. Europa soll zu einem gemeinsamen Strommarkt auf der Basis von  
Erneuerbaren  
322 zusammenwachsen. Dafür brauchen wir eine zu 100 Prozent erneuerbare und

energieeffiziente

323 Europäische Union als Treiberin für die internationale Energiewende und ambitioniertere

324 europäische Klimaziele. Die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft, klimafreundlicher

325 Mobilität, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch

326 auf europäischer Ebene muss noch stärker vorangetrieben werden. Die Vernetzung der

327 verschiedenen erneuerbaren Quellen senkt den Bedarf am Ausbau erheblich. Je größer der Raum

328 und je vernetzter die Quellen, desto günstiger wird es und desto geringer ist der Bedarf am

329 Ausbau.

330 Im Sektor Strom müssen Effizienzgewinne schnell realisiert werden:

331 • strikte Effizienzvorgaben und Förderung von Effizienzgewinnen und Stromeinsparungen

332 für Energieversorger, Produktion, Industrie, Datenzentren, Gewerbe, bei Handel und

333 Dienstleistungen,

334 • eine „Langes Leben“-Produktoffensive (zum Beispiel Garantieverlängerung von zwei auf fünf

335 Jahre anheben) sowie ein Förderprogramm „Dekarbonisierung für die Industrie“,

336 • Förderung von Stromeinsparungen im Haushaltsbereich durch kontinuierlich steigende

337 Effizienzvorgaben für Haushaltsgeräte, Umstellung auf LED-Beleuchtung und sparsamere

338 Rechnerleistungen.

339 Die Ausbau-Offensive im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung umfasst folgende Maßnahmen:

340 • Die Verhinderungs-Deckel beim Ausbau von Ökostrom müssen unverzüglich gestrichen

341 werden. Nur den Solardeckel aufzuheben, reicht nicht aus. Entsprechend des Ausbaupfades müssen die planbaren Flächen deutlich erhöht werden. Der

342 Europäische

343 Gerichtshof hat entschieden, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) keine Beihilfe

- 344 darstellt und deshalb nicht unter die Beschränkungen der Beihilferichtlinie der  
345 Europäischen Union fällt.
- 346 • Vorrangregelung und Abnahmepflicht des erneuerbaren Stroms muss gesichert  
werden.
  - 347 • Jährlicher Zubau von mindestens 5-6 GW Wind auf dem Land, ab Mitte der  
348 2020er Jahre  
von 7-8 GW.
  - 349 • Eine Repowering-Offensive durch planungsrechtliche Verbesserungen und  
350 gesonderte  
Ausschreibungen.
  - 351 • Festlegung eines nationalen Flächenziels Windkraft von zwei Prozent der  
352 Landesfläche  
353 und Verpflichtung der Länder, entsprechende Flächen auszuweisen, auf denen  
Windenergieanlagen errichtet werden können.
  - 354 • Wenn Windparks gebaut oder erweitert werden, sollen die anliegenden  
355 Gemeinden und  
356 damit ihre Bürger\*innen über eine Windpark-Abgabe finanziell an den Erträgen  
teilhaben.
  - 357 • Erhebliche Erleichterungen bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen  
358 durch  
Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und  
Naturschutz  
359 sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den  
360 Ausbau von  
Erneuerbaren zu fördern. Im Artenschutz wollen wir bei guter  
361 Bestandsentwicklung die  
Ausnahmegenehmigungen besser nutzen.
  - 362 • Das Ausbauziel für Windenergie auf See ist auf 35 GW bis 2030 anzuheben. Dazu  
363 brauchen  
wir im Durchschnitt einen jährlichen Zubau von etwa drei GW pro Jahr.
  - 364 • Um bei Wind offshore schneller voranzukommen, wollen wir mit anderen Nord-  
und Ostsee-  
365 Anrainerstaaten eine gemeinsame Raumplanung machen, die dann auch die  
Räume außerhalb  
366 der einzelnen Hoheitsgebiete enthält und eine koordinierte Planung zur  
367 Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere den Vogelzug, erlaubt.
  - 368 • Bei Photovoltaik akuter jährlicher Zubau von 10-12 GW pro Jahr als Dachanlagen,  
für

369 Gebäudefassaden und Freiflächen; ab Mitte der 2020er Anstieg auf 18-20 GW pro  
370 Jahr.

- 371 • Einführung einer Solarpflicht für Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten.
- 372 • Ausbildungsprogramm für Fachkräfte für Solarenergie und Facharbeiter\*innen in der  
373 Solarzellenproduktion.
- 374 • Aufbau einer Multi-Gigawatt-Solarfabrik, unterstützt durch staatliche  
375 Bürgschaften.

376 **Flächen effizient nutzen.** Der immense Ausbau der Erneuerbaren, den wir  
377 brauchen, benötigt  
378 Fläche. Für Windenergie an Land benötigen wir nicht mehr als zwei Prozent der  
379 Landesfläche.  
380 Hinzu kommen gut drei Prozent der Ackerfläche für Photovoltaik. Dafür können wir  
381 nicht für  
382 Lebensmittel genutzte Ackerfläche umwidmen: Potenzial bieten Ackerflächen in einer  
383 Größenordnung von ca. acht Prozent, die heute noch für Kraftstoffproduktion genutzt  
384 werden,  
385 zudem kann der Bedarf an Biogas-Mais verringert werden, da die Energieerzeugung  
386 durch  
387 Photovoltaik fünfzig- bis hundertfach flächeneffizienter ist. Landwirtinnen und  
388 Landwirte,  
389 die in den bestehenden Energiepflanzen-Programmen ökonomisch gebunden sind,  
390 fördern wir  
391 einkommensneutral, sodass sie auf Photovoltaik umsteigen können. Durch die  
392 Verbindung von  
393 Agro-PV-Anlagen mit Permakultur können sogar höhere Erträge als heute erzielt  
394 werden.

395 Insgesamt streben wir für den Energiesektor an:

- 396 • Der bis ins Unermessliche gestiegene bürokratische Aufwand für eine eigene  
397 Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und sonstige eigene Erneuerbaren-Anlagen  
398 zur  
399 Stromlieferung an Dritte sowie die damit verbundenen, mittlerweile kaum mehr  
400 zu  
401 verstehenden steuerrechtlichen Regelungen müssen harmonisiert, deutlich  
402 reduziert und  
403 vereinfacht werden.
- 404 • Den Ausbau von PV-Strom vom Dach als Mieterstrom wollen wir insbesondere im  
405 Mieterstromgesetz radikal vereinfachen und steuerliche Hemmnisse und  
406 Bürokratie  
407 abbauen. Die Vermarktung und Verwendung auch über das Herstellungsgebäude  
408 hinaus im  
409 Quartier muss lohnend und einfach werden. Die Verpachtung von Dächern und  
410 die  
411 Vermarktung von PV-Strom vom Dach im Quartier muss einfach und lohnend

395 werden, für  
396 Erzeuger\*innen und Nutzer\*innen.

- 396 • Auflegen eines Förderprogramms für 100.000 Stromspeicher, um die dezentrale  
397 Ökostromversorgung zu erleichtern.
- 398 • Anreize für Investor\*innen, Anwohner\*innen und Anliegergemeinden von Wind-  
und  
399 Solarenergieanlagen schaffen, u.a. durch Forschungs- und Förderprogramme für  
400 Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und  
401 Energieproduktion sowie Pflichtanteile erneuerbarer Wärme wie Solarthermie bei  
der  
402 Modernisierung von Altbauten.
- 403 • Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten, zum Beispiel zwischen  
Windanlagen  
404 und Naturschutz unterstützen, anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- 405 • Die Sektorkopplung voranbringen, den Strommarkt gemäß den europäischen  
Vorgaben  
406 reformieren und die Digitalisierung der Stromversorgung vorantreiben.
- 407 • Eine Anschlussfinanzierung für bestehende Biomasseanlagen, um die  
Stromerzeugung aus  
408 Bioenergie zu erhalten. Die Anschlussfinanzierung soll daran geknüpft sein, dass  
die  
409 Bioenergieanlagen flexibilisiert werden und dann Strom erzeugen, wenn wenig  
Wind- und  
410 Solarenergie zur Verfügung steht, und sie möglichst weitgehend auf Rest- und  
411 Abfallstoffe sowie Gülle umgestellt werden.
- 412 • Fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbraucher\*innen, der  
Industrie  
413 und kleineren und mittleren Unternehmen.
- 414 • Europarechtliche Vorgaben im Energiemarktdesign so schnell wie möglich in  
nationales  
415 Recht umsetzen, um der Bürgerenergie Flügel zu verleihen: So kann jede\*r auf  
Dach oder  
416 Balkon Strom erzeugen und abgabenfrei selbst verbrauchen oder an  
Nachbar\*innen  
417 verkaufen.
- 418 • Deutschland muss den Vertrag über die Energiecharta kündigen, damit fossile  
419 Infrastruktur ausländischer Eigentümer\*innen entschädigungsfrei stillgelegt  
werden  
420 kann.



421 Parallel dazu setzen wir auf:

- 422 • eine Förderung der inländischen, nachhaltigen Batteriezellenproduktion und einer  
423 damit verbundenen Kreislaufwirtschaft,
- 424 • die konsequente Umstrukturierung des Energiemarktdesigns und der  
425 energiebezogenen Abgaben, Entgelte und Umlagen mit der Zielvorgabe 100 Prozent Erneuerbare bis  
426 2030. Dazu gehören starke Anreize für Sektorkopplung und Speicherung,
- 427 • Forschungsunterstützung für die Wasserstoff-Industrie über ein  
428 Investitionsprogramm „Grüner Wasserstoff“. Gefördert werden sollen u.a. die erneuerbare  
429 Wasserstofferzeugung und Speicherung, Wasserstoff-Dunkelflautenspeicher in  
430 Gaskavernen und der Einsatz in Industrieprozessen.

431 6b. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden

432 Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die  
433 Sanierungsrate zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen  
434 bei Weitem nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Mit einem „Weiter so“ würde es  
435 hundert Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudebereich zu schaffen – wir brauchen ihn  
436 aber viermal so schnell, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher müssen wir jetzt  
437 gemeinsam mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern, die in der Regel keine Bau- oder  
438 Planungsexpert\*innen sind, allen Mieterinnen und Mietern einen Aufbruch hin zu  
439 ökologisch modernen Gebäuden schaffen. Mit Zuschüssen und zinslosen staatlichen  
440 Sanierungskrediten mit wahlweise langen Laufzeiten unterstützen wir Eigenheimbesitzer\*innen bei der  
441 energetischen Gebäudemodernisierung. Ein CO<sub>2</sub>-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung  
442 wirtschaftlicher als bisher. Damit alle Eigentümer\*innen und Mieter\*innen bei der  
443 Energiewende in Gebäuden mitmachen und partizipieren können, braucht es  
444 zusätzlich passende Regeln, Anreize und Informationen. Dazu gehört auch die steuerliche Förderung als  
445 Anreiz für energetische Sanierung. Gerade private Eigenheimbesitzer\*innen benötigen  
446 steuerliche Anreize zur Gebäudemodernisierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam  
447 ausgestaltet sein. Es dürfen darum nur Maßnahmen gefördert werden, die nachweislich auf dem vom  
448 Pariser Abkommen vorgegebenen Minderungspfad liegen. Durch eine progressionsunabhängige  
Abschreibung müssen

449 alle gleichermaßen davon profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur  
KfW-  
450 Förderung ausgestaltet sein.

451 Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den  
erneuerbaren Energien.

452 Wir wollen

- 453 • einen Systemwechsel erreichen: Dort, wo es die Besiedlungsstruktur ermöglicht,  
weg von  
454 der Einzelbefeuerungsanlage und der Einzelhausbetrachtung hin zu einer  
455 Quartiersbetrachtung und zu Nah- bzw. Fernwärmenetzen, die dann aus  
verschiedenen  
456 erneuerbaren Quellen gespeist werden können,
- 457 • dass alle Kommunen ein Energiemanagement durchführen müssen und einen  
Energiebericht  
458 verfassen, damit überhaupt Daten erhoben, Maßnahmen umgesetzt und  
nachgesteuert werden  
459 kann. Kommunen haben sich zukünftig nicht nur um ihren eigenen  
Gebäudebestand zu  
460 kümmern. Kommunen werden wir dabei finanziell unterstützen, eine  
datenbasierte  
461 Wärmeplanung für einen klimaverträglichen Umbau der Wärmeversorgung in den  
einzelnen  
462 Quartieren aufzulegen. Diese Wärmeplanung wird Grundlage für eine Förderung  
der  
463 nötigen Investitionen sein,
- 464 • den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand  
deutlich  
465 anheben,
- 466 • den Passivhausstandard für alle Neubauten sowie Fassaden- oder  
Dachbegrünung sowie  
467 Plus-Energiegebäude fördern,
- 468 • eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Baugewerbe, um die notwendige  
Sanierungsrate  
469 überhaupt zu ermöglichen.

470 **Ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“ und Klima-Service für  
Eigentümer\*innen.** 16 der 19

471 Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon  
sind noch

472 vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 entstanden und bisher nicht  
energetisch

473 modernisiert. Die Eigentümer\*innen und Mieter\*innen dieser Gebäude sind in der  
Regel keine

474 Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten

## Klimainformationen und

475 Modernisierungen. Zentral ist für uns daher:

- 476 • ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“: ein Förderprogramm für den Tausch  
477 der Ölheizung gegen eine moderne Heizung mit Sonnenwärme, Wärmepumpe oder Holz,
- 478 • dass Ölheizungen ab sofort und fossile Gasheizungen ab 2025 nicht mehr  
479 eingebaut werden,
- 480 • der Ersatz der fossilen Erdgasversorgung,
- 481 • das Auflegen eines 100.000-Wärmepumpen-Programms. Mit Wärmepumpen  
482 können wir aus einer Kilowattstunde (kWh) Strom rund vier kWh Wärme machen. Der Austausch von  
483 fossilen Heizungen zu Wärmepumpen stellt mit Solarwärme und PV sowie saisonalen Speichern und  
484 Wärmenetzen in der drängenden, kurzen Zeit eine große Chance auf rasche  
485 Klimaneutralität des Gebäudebestands dar,
- 486 • ein kostenloser Klima-Service für Eigentümer\*innen von Ein- und  
487 Zweifamilienhäusern:  
488 Qualifizierte Energieberater\*innen nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen einen  
489 kostenlosen Sanierungsfahrplan fürs Haus. Ein solcher Klima-Fahrplan schlägt  
490 geeignete Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrig-Energie-Gebäude mit erneuerbarer  
491 Wärme werden kann,
- 491 • einen finanziellen Zuschuss für eine fachkundige Energie-Bauleitung: Die  
492 Energieberater\*in wird dazu als Bauleiter\*in zur Umsetzung einzelner Schritte  
493 des Klima-Fahrplans für das Haus tätig. Sie beauftragt alle Handwerkerinnen und  
494 Handwerker und prüft deren Arbeit.

495 **Klima-Check und Mieterschutz für Mieter\*innen.** Jeder Mieter, jede Mieterin soll  
496 wissen, wie es um die eigene Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem  
497 wollen wir Mieterinnen und Mieter vor hohen Heiz- und Modernisierungskosten schützen. Dafür  
wollen wir:

- 498 • jeder Mieterin und jedem Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre/  
seine

- 499 Wohnung geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen  
500 Heizkostenabrechnung zu erstellen,
- 501 • Klimagerechte Modernisierungen von Gebäuden und Wohnungen, die sich jede\*r  
502 leisten kann, möglichst ohne Erhöhung der Warmmiete. Für energetisch modernisierte  
503 Wohnungen wollen wir einen Klimazuschuss zum Wohngeld einführen, damit sich auch  
504 Haushalte mit kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können. Mit dem Förderprogramm  
505 „Gutes Klima im Quartier“ fördern wir energetische Modernisierungen ganzer Stadtviertel ohne  
506 Erhöhung der Warmmieten. Mit der sozialen Wohnraumförderung und bei  
507 kommunalen Wohnungsunternehmen ermöglichen wir das ebenfalls in den Ländern und  
508 Kommunen. Im Mietrecht senken wir die Modernisierungsumlage, d.h. die Mieterhöhung nach  
509 Modernisierung, deutlich ab und kappen sie bei höchstens 1,50 Euro je  
Quadratmeter.
- 510 **Aktionsplan Faire Wärme.** Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die  
Bausteine der  
511 Energiewende im Wärmesektor und in Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und  
Quartiere, Stadt  
512 und Land. Dazu gehören:
- 513 • eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische  
514 Modernisierung und saubere Wärmenetze – um Heizen ohne Klimaschaden zu  
ermöglichen,
  - 515 • das Programm „Gutes Klima im Quartier“: ein Förderprogramm für die  
Quartierssanierung  
516 ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel  
und Dörfer  
517 und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor  
Ort,
  - 518 • ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümer\*innen, die ihr Haus oder ihre  
Wohnung  
519 klimafreundlich modernisieren wollen,
  - 520 • endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die  
521 bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale  
Bundesverwaltung;  
522 Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften werden bis zum Jahr 2030 klimaneutral,
  - 523 • 200 Millionen Euro jährlich für qualifizierte Energieberatung wie Klima-Service  
und  
524 Klima-Check.
- 525 **Mehr Energieeffizienz.** Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht  
wird.

526 Hier reichen die heutigen politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen  
und bessere

527 Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:

- 528 • Förderprogramme für die Nutzung ökologischer Bau- und Dämmstoffe,
- 529 • die Umsetzung des gültigen EU-Rechts in ein modernes Gebäudeenergiegesetz,  
das an
- 530 Energieeffizienz und dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß ausgerichtet ist,
- 531 • Niedrigenergiehäuser als verpflichtenden Standard: das Passivhaus bei  
Neubauten, und
- 532 bei umfassender Modernisierung sowie Sanierung bestehender Altbauten soll das  
KfW-
- 533 Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein,
- 534 • für energetische Modernisierungen staatliche Nullzins-Darlehen mit langen  
535 Rücklaufzeiten, denn eine bessere Investition als Energieeinsparung gibt es nicht.

536 **Wärmenetze dekarbonisieren und ausbauen.** Ein relevanter Teil der  
Wärmeversorgung erfolgt  
537 über Nah- und Fernwärmenetze. Doch derzeit wird das Potenzial der  
leitungsgebundenen Wärme  
538 für den Klimaschutz nicht ausreichend genutzt. Das gilt hinsichtlich der Integration von  
539 erneuerbaren Energien ebenso wie für die Nutzung von gewerblicher und industrieller  
Abwärme.

540 Wir wollen:

- 541 • Nahwärmenetze zielgerichtet ausbauen und die entsprechenden  
Förderprogramme erhöhen,
- 542 • ein Förderprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher  
auflegen,  
543 damit insbesondere Gemeinden oder Stadtteile mit Wärmenetzen mindestens  
einen großen  
544 Wärmespeicher errichten können und so die Flexibilität im Wärme- und  
545 Stromversorgungssystem erhöht wird,
- 546 • verpflichtende Emissionsminderungsziele für Fernwärmebetreiber,
- 547 • Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und  
gewerblicher  
548 Abwärme durch gesetzliche Regelungen öffnen, um auch die Nah- und  
Fernwärmeversorgung  
549 so schnell wie möglich zu dekarbonisieren.

550 6c. Verkehrswende – mehr Mobilität mit weniger Verkehr

551 Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase kommen aus dem Verkehrssektor. Von  
einem

552 Minderungspfad, der mit den Klimazielen von Paris vereinbar wäre, sind wir meilenweit

553 entfernt. Die Emissionen sind derzeit immer noch genauso hoch wie 1990, alle  
Klimaziele im  
554 Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von  
Deutschland  
555 ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.  
Allein  
556 die durch unseren Verkehr verursachten Folgekosten liegen pro Jahr bei 149 Milliarden  
Euro.

557 Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen heißt: Verkehr vermeiden, verlagern  
und  
558 klimafreundliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Ein „Weiter so“ wäre nicht nur  
559 ökologischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Irrsinn. Um Klimaschädigung und  
560 Verkehrsbelastungen wirksam zu vermindern, müssen wir eine umfassende  
Verkehrswende auf den  
561 Weg bringen. Mit ihr geht die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und eine einseitig  
auf  
562 immer mehr Pkw- und Lkw-Verkehr ausgerichtete Infrastrukturentwicklung zu Ende.

563 Mit dem Ausbau von Schiene, ÖPNV und Radverkehr, der Vernetzung von  
Verkehrsangeboten, mit  
564 neuen Sharing-Formen und der Antriebswende können wir den Energiebedarf des  
Verkehrs  
565 vermindern, eine für alle Menschen bezahlbare Mobilität schaffen und die Klimaziele  
im  
566 Verkehr erreichen. Wir können die Anzahl der Autos verringern, die heute Tag für Tag  
im Stau  
567 stehen oder in Städten wertvolle Flächen vollstellen, und so Verkehrssicherheit und  
568 Lebensqualität erhöhen, ohne unsere Mobilität zu vermindern.

569 Unsere Schwerpunkte für eine klimafreundliche Mobilität sind:

570 **Überarbeitung des ordnungs-, finanz- und steuerpolitischen Rahmens der  
Verkehrspolitik.**

571 Diesen Rahmen zu überarbeiten mit dem Ziel der Förderung sozialverträglicher,  
ökologischer  
572 und technischer Maßnahmen heißt:

- 573 • den Bundesverkehrswegeplan komplett zu überarbeiten und als Bundesnetzplan  
für  
574 Mobilität neu aufzustellen,
- 575 • den Kommunen das Recht zu geben, innerorts eigenständig und unbürokratisch  
über die  
576 Einführung von Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu entscheiden: zum  
Beispiel  
577 autofreie Innenstädte innerhalb ihrer Stadtgrenzen und/oder in Kooperation mit  
578 benachbarten Kommunen gestalten, Fahrradstraßen und Fußwegenetze oder  
auch Tempolimits  
579 einführen,
- 580 • den steuer- und finanzpolitischen Rahmen u.a. mit dem Ziel auszuschöpfen, den  
Kauf von

581 Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auslaufen zu lassen und die Nutzung  
582 öffentlicher Verkehrsangebote preiswert zu gestalten.

583 **Die Bahn flott machen.** In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig in den  
Straßenbau  
584 investiert, während Schieneninfrastruktur in großem Ausmaß zurückgebaut wurde.  
Jetzt ist die  
585 Schiene dran! Zur Finanzierung wollen wir den bisherigen „Finanzierungskreislauf  
Straße“  
586 auflösen, wonach Einnahmen aus der Lkw-Maut allergrößtenteils in den Straßenbau  
fließen.  
587 Mauteinnahmen müssen auch der Bahn zugutekommen. Ab 2025 wollen wir keine  
neuen  
588 Bundesstraßen mehr in Angriff nehmen, da Deutschland mit Straßen ausreichend  
erschlossen  
589 ist, während bei den Schienenwegen erhebliche Nachholbedarfe aufzuarbeiten sind.  
Die Bahn  
590 ist das Verkehrsmittel, das sich am einfachsten und mit der höchsten Energieeffizienz  
591 elektrifizieren lässt. Sie ist das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch  
erhebliche  
592 Anstrengungen, damit sie diese Rolle endlich übernehmen kann:

- 593 • Innerdeutschen und grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken: fehlende  
594 Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen,  
595 Passagierrechte europaweit stärken, Nachtzugverbindungen ausbauen.
- 596 • Um auch bei der Bahn das fossile Zeitalter auslaufen zu lassen, sind bis zum Jahr  
2030  
597 mindestens 75 Prozent der Bahnstrecken zu elektrifizieren. Die verbleibenden  
Strecken  
598 sind entweder ebenfalls zu elektrifizieren oder die Züge werden auf alternative  
599 Antriebe umgestellt.
- 600 • Bundesweiten Deutschlandtakt einführen: garantierte Anschlüsse, dichter Takt,  
601 Abstimmung Fern- und Nahverkehr.
- 602 • Regionalisierungsmittel erhöhen mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in Zügen zu  
603 verdoppeln.
- 604 • Technische Möglichkeiten ausschöpfen zur intelligenten Steuerung des  
Schienenverkehrs  
605 sowie zur Steigerung der Nutzung, bspw. Taktverdichtung.
- 606 • Bessere Harmonisierung und Verstärkung des internationalen Bahnverkehrs zur  
607 Beseitigung technischer Hemmnisse und für verbesserte Verbindungen; damit  
einhergehend  
608 Anschlussgarantien und grenzüberschreitender Verbraucherschutz.
- 609 • Erstellung eines Reaktivierungskonzeptes für ungenutzte und stillgelegte  
610 Schienenstrecken inklusive der Chance, bereits entwidmete, aber notwendige  
Trassen  
611 wieder zu ertüchtigen.

- 612 **Den öffentlichen Personenverkehr stärken.** Damit alle bezahlbar, verlässlich und  
613 klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser  
ausgebaut und  
614 die Angebote verbessert werden. Dazu braucht es:
- 615 • ein Förderprogramm „Mobilität im ländlichen Raum“ mit eindeutigen Kriterien  
zugunsten  
616 des Ausbaus von vernetzten Mobilitäts- und Fahrzeugangeboten,
  - 617 • die deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Öffentlichen  
Personennahverkehrs,  
618 um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern,
  - 619 • einen Mobilpass, um aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen,  
Share-  
620 Bikes und -Cars – in ganz Deutschland unterwegs sein zu können,
  - 621 • eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland: durch gezielte  
Förderung  
622 strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und  
623 verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen,
  - 624 • die Förderung von bundesweit zehn Kommunen im Rahmen von Modellprojekten  
, die auf  
625 einen umlagefinanzierten und kostenfreien ÖPNV umsteigen wollen, indem wir  
die  
626 rechtlichen Hürden für Kommunen abbauen,
  - 627 • das Nutzen der Digitalisierung, um weitere Kapazitätserhöhungen und  
Flexibilisierungen  
628 im ÖPNV zu erreichen,
  - 629 • ein Investitionsprogramm für Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge in den  
Städten  
630 zugunsten eines engmaschigen Nahverkehrsnetzes (Trams, Trolleybusse,  
Straßenbahnen),
  - 631 • die Erstellung eines bundesweiten Mobilitätskonzeptes, das den Umweltverbund  
auch im  
632 Umland stärkt, inklusive eines bundesweiten Rad- und Fußwegekonzeptes in  
Zusammenarbeit  
633 mit den Bundesländern zugunsten einer sicheren Rad- und Fußwegeinfrastruktur  
mit allen  
634 notwendigen technischen Nebenanlagen wie Servicestationen oder Notrufe.
- 635 **Vorrang für Rad- und Fußverkehr.** Schwer zu glauben, aber wahr: Einen großen Teil  
ihrer  
636 täglichen Wege legen die Menschen zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Und vier von  
zehn  
637 Autofahrten in der Stadt sind unter fünf Kilometer – Distanzen, die leicht mit dem  
Fahrrad  
638 oder sogar zu Fuß zurückgelegt werden können. Dem Fuß- und Radverkehr wird



bislang aber

639 meist nur so viel Platz zugestanden, dass der Auto- und Lastwagenverkehr  
ungehindert rollen  
640 kann. Höchste Zeit, dass diese klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht  
mehr

641 behindert, sondern gefördert und sicher gestaltet werden. Dazu braucht es:

- 642 • eine gerechte Verteilung und mehr Raum für Fußgänger\*innen und  
Fahrradfahrer\*innen in  
643 den Städten und Gemeinden sowie neue Möglichkeiten des  
Parkraummanagements durch  
644 Änderung des Straßenverkehrsrechts,
- 645 • Modellprojekte für autofreie Innenstädte und die Förderung von City-Maut-Zonen,
- 646 • gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-Programme zur Förderung von Rad- und  
Fußverkehr,
- 647 • eine Erhöhung der Mittel: Die Finanzierung fahrrad- und fußgängerfreundlicher  
Kommunen  
648 muss sich an 100 Euro pro Einwohner\*in pro Jahr orientieren,
- 649 • eine Rad- und fußverkehrsfreundliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts,  
um  
650 Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und  
deutlich  
651 sicherer und bequemer zu machen. Außerdem müssen Bußgelder für  
verkehrsgefährdendes  
652 und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöht werden,
- 653 • das Nutzen der Digitalisierung, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und  
Fußverkehr  
654 umzusetzen.

655 **Tempolimits.** In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, und  
656 Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und  
zum  
657 Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- 658 • die Einführung eines allgemeinen Sicherheitstempo von 130 km/h auf  
Autobahnen,
- 659 • die Einführung von Tempo 30 innerorts auf allen Straßen, indem Kommunen  
ermöglicht  
660 wird, leichter darüber zu entscheiden,
- 661 • ein automatisiertes Verlangsamten vor besonderen Gefahrenzonen wie  
Kreuzungsbereichen,  
662 Schulen oder Krankenhäusern,
- 663 • das Anschärfen des Bußgeldkatalogs für Falschparken und zu schnelles Fahren.

- 664 **Emissionsfreie Mobilität voranbringen.** Trotz Bahnausbaus und gut  
funktionierendem
- 665 Personennahverkehr wird in naher Zukunft das Auto weiterhin eine wichtige Rolle  
spielen –
- 666 insbesondere in ländlichen Räumen. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die  
richtigen
- 667 politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft  
klimafreundlicher
- 668 Antriebe schnell und reibungslos gelingt und es neue Ideen für gemeinschaftliche  
669 Nutzungskonzepte gibt:
- 670 • Spätestens ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen  
werden.
  - 671 • Die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge soll durch eine Bonus-Malus-Regelung in  
der  
672 Kfz-Steuer wirken, die kleine und energiearme Fahrzeuge belohnt und CO<sub>2</sub>-  
intensive  
673 Fahrzeuge teurer macht, sowie durch Quoten für E-Autos. Diese Quoten sollen ab  
2021  
674 exponentiell ansteigen, damit bereits Mitte der 2020er Jahre drastisch weniger  
Autos  
675 mit fossilem Verbrennungsmotor auf den Markt kommen.
  - 676 • Die öffentliche Hand muss bei emissionsfreien Fahrzeugen mit gutem Beispiel  
vorangehen  
677 und bspw. Dienstwagenflotten und Nutzfahrzeugparks schnell umstellen.
  - 678 • Wir wollen den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für  
679 Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, die Entwicklung eines  
680 flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Ladestellen mit  
unkomplizierter  
681 Handhabung und Abrechnung sowie mit transparenten Preisen, genauso wie den  
Abbau  
682 bürokratischer Hürden für Ladestellen in Wohnhäusern.
  - 683 • Wir wollen den Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos sowie  
steuerliche  
684 Anreize für die Nutzung von Rad, Bus, Bahn und abgasarmer Autos statt die  
685 Subventionierung schwerer Dienstwagen.
- 686 **Flugverkehr vermeiden und die Subventionierung des Flugverkehrs  
beenden.** Wir wollen nahezu
- 687 alle innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch  
schnelle und
- 688 bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig machen. Dazu muss massiv  
in die
- 689 Schieneninfrastruktur und das Zugmaterial investiert und zugleich die  
Subventionierung des
- 690 Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der Flugverkehr klimafreundlicher

gemacht

691 werden. Wir wollen:

- 692 • die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer beenden,
- 693 • die Mehrwertsteuer für alle Flugreisen einführen und eine Vervierfachung der  
694 Steuern  
695 auf Flugreisen, solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang  
696 erhoben  
695 werden, dabei soll es eine Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und  
696 Lärmbelastung geben sowie die Ausweitung auf Frachtflüge,
- 697 • die Subventionierung von Flughäfen stoppen,
- 698 • keine weiteren Start- und Landebahnen mehr genehmigen, sondern  
699 entsprechend des  
wegfallenden Inlandsverkehrs reduzieren,
- 700 • die Start- und Landegebühren für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche  
701 und  
laute Flieger erhöhen,
- 702 • eine Initiative zur Festlegung ambitionierter CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Flugzeuge  
703 international vorantreiben,
- 704 • die Forschung und Förderung von emissionsneutralen Flugzeugen und  
705 Kraftstoffen  
fördern,
- 706 • Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU schnellstmöglich wieder in den  
707 Europäischen  
Emissionshandel einbeziehen – ohne kostenlose Zuteilung von Zertifikaten,
- 708 • europäische und bilaterale Abkommen zur Erhebung einer Kerosinsteuer.

709 **Den Güterverkehr dekarbonisieren.** Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu.  
Gleichzeitig

710 wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das

wollen

711 wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:

- 712 • die Lkw-Maut reformieren: Staffelung der Maut nach CO<sub>2</sub>-Ausstoß sowie  
Ausdehnung der
- 713 Lkw-Maut auf alle Straßen und alle Lkw über 3,5 Tonnen,
- 714 • schnell Güter von der Straße auf die Schiene bringen: dauerhafte Halbierung der  
715 Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur,
- 716 • den Güterverkehr reduzieren durch regionale Wirtschaftskreisläufe und  
Verlagerung des
- 717 Restverkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger,
- 718 • den gesamten Güterverkehr – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – auf  
719 erneuerbare Energien umstellen; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und  
720 Markteinführungsförderung,
- 721 • es mehr Pilotprojekte für oberleitungsgebundene E-Lkw geben. So wollen wir  
722 klimafreundliche Alternativen im Güterverkehr stärken.

723 **Mit der Binnen- und Seeschifffahrt die Klimaziele einhalten.** Wir wollen:

- 724 • die Koordinierung und Konzeptionierung der Schifffahrt und der Häfen endlich in  
eine
- 725 verantwortliche zentrale Aufgabe des Bundes überführen, um die Klimaziele und  
die
- 726 Kapazitätsauslastung aller Häfen einzuhalten,
- 727 • klimafreundliche Antriebe zunächst auf EU-Ebene zum Standard machen,
- 728 • die Kreuzschifffahrt Auflagen und Bedingungen unterwerfen,
- 729 • mehr Güter von der Straße auf das Binnenschiff bringen, in dem wir zügig  
marode
- 730 Wasserstraßen umweltverträglich sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung  
731 langfristig sichern,
- 732 • schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen  
aufbauen,
- 733 • die Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen,  
um
- 734 schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen,
- 735 • den Seeschiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen,
- 736 • verbindliche Emissionsminderungsziele für die Seeschifffahrt – möglichst global,  
in
- 737 einem ersten Schritt jedoch von und zu Häfen in der Europäischen Union. Diese  
738 Forderung hat Luxemburg bereits in den Rat der Mitgliedsstaaten eingebracht.

739 **Ausbildungs- und Forschungsoffensive.** Wir wollen:

- 740 • Die Forschung in Vernetzung und Digitalisierung von Verkehr darf nicht länger  
741 vernachlässigt werden. Für neue Antriebe sowohl für Kraftfahrzeuge, für Schiffe  
742 und  
743 vor allem für Flugzeuge brauchen wir innovativen Forschungsgeist. Deutschland  
744 hat die  
745 Möglichkeit, zum globalen Spitzenreiter in diesem Sektor zu werden. Auch die  
746 Forschung  
747 in die Vermeidung von Ultrafeinstaub muss höhere Priorität genießen.
- 745 • Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung von  
746 Verkehrs- und  
747 Stadtplaner\*innen der klimafreundlichen Mobilität Rechnung trägt. Vorbilder sind  
748 hier  
749 unsere europäischen Nachbarn Niederlande und Dänemark.

748 6d. Zukunftsfähige Industriepolitik

- 749 Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als  
750 bisher.
- 750 Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sind gerade hier in den vergangenen Jahren nicht gesunken – trotz  
751 europäischem Emissionshandel. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der  
752 Einsatz  
753 Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienz zu heben und die für eine  
754 ökologische Wende der Wirtschaft dringend benötigten Innovationen auszulösen.  
755 Gleichzeitig  
756 birgt gerade der immense Energiehunger der digitalen Transformation das Risiko, zum  
757 Brandbeschleuniger der Klimakrise zu werden. Deshalb braucht es verbindliche  
758 Energiestandards für Datenzentren, zum Beispiel über einen Top-Runner-Ansatz.
- 757 Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen  
758 Förderinstrumente sind vor diesem Hintergrund:
- 759 • Investitionen in CO<sub>2</sub>-freie Industrieprozesse tätigen: Stärkung des  
760 Emissionshandels,  
761 bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte  
762 Forschungsförderung,
  - 762 • erneuerbare Energien zur Eigennutzung günstiger machen: Verlängerung der  
763 entsprechenden Regelungen im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz,
  - 764 • Anreize setzen: die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit  
765 der  
766 energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten und  
767 Grenzausgleichsmaßnahmen  
768 einführen, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen  
769 Wettbewerb  
770 mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt. Gleichzeitig  
771 soll  
772 damit ein stärkerer Anreiz für die Industrie gegeben werden, in CO<sub>2</sub>-freie

## Technologien

- 769 zu investieren und CO<sub>2</sub>-sparsame Werkstoffe einzusetzen,
- 770 • Investitionen in CO<sub>2</sub>-freie Industrieprozesse ermöglichen: insbesondere in den  
771 Bereichen Stahl, Chemie und Zement lohnen sich Investitionen in CO<sub>2</sub>-freie  
772 Industrieprozesse meist erst bei sehr hohen CO<sub>2</sub>-Preisen, die das europäische  
773 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche  
Investitionen  
774 für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die  
Differenz zwischen  
775 dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten  
erstatten, die  
776 ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen  
(„Carbon  
777 Contract for Difference“),
- 778 • Klimafreundliche Leitmärkte schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen  
Beschaffung  
779 auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge, Immobilien;  
Einsatz  
780 recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen,
- 781 • Quoten festlegen: Um den Umbau der energieintensiven Unternehmen  
planungssicherer zu  
782 gestalten und perspektivisch finanzielle Förderung zu reduzieren, unterstützen  
wir die  
783 Vorschläge auf europäischer Ebene im Zuge des angekündigten Klimapaketes,  
ansteigende  
784 Quoten für klimaneutralen Stahl, Kunststoffe oder Zement in Autos oder auch  
Windrädern  
785 und Gebäuden festzulegen,
- 786 • die zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente gezielt auf die  
Bekämpfung der  
787 Klimakrise ausrichten: Explizit klimafreundliche Innovationen werden bevorzugt  
gefördert. Dies betrifft etwa die Startup-Förderung, die Forschungs- und  
788 Entwicklungsförderung, die wir sozial-ökologisch ausrichten möchten, die  
Hightech-  
789 Strategie, die KI-Strategie oder die neue Agentur für Sprunginnovationen,
- 790
- 791 • Systeminnovationen für eine klimaneutrale Wirtschaft identifizieren und fördern,  
zum  
792 Beispiel durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten  
(z.B.  
793 Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr,
- 794 • die Vorgaben auf europäischer Ebene zur Kreislaufwirtschaft ausbauen: Durch  
eine  
795 verstärkte Kreislaufwirtschaft können die CO<sub>2</sub>-Emissionen der vier wichtigsten  
796 Industriesektoren (Kunststoff, Stahl, Aluminium und Zement) in Europa um die

797 Hälfte  
798 reduziert werden,

- 798 • klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verankern: u.a. durch ein gesetzliches  
799 Abfallvermeidungsziel für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis  
800 2030, durch  
801 Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-  
802 Richtlinie,  
803 durch die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung der  
804 Kreislaufwirtschaft,  
805 durch zunehmende Verpflichtung und Förderung zur Wiedereinspeisung von  
806 Plastik in die  
807 Kunststoffproduktion.

804 6e. Landwirtschaft klimafreundlich und klimafest machen

805 Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen  
806 angewiesen  
807 wie die Land- und Forstwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die  
808 Landwirtschaft ist schon heute sowohl Leidtragende als auch Mitverursacherin der  
809 Klimakrise  
810 – und für uns auch ein Teil der Lösung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales  
811 Landwirtschaftssystem, in dem nicht nur klimaschädliche Gase reduziert werden,  
812 sondern es zu  
813 einer langfristigen Kohlenstoffbindung in Boden und Bäumen kommt.

811 Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine  
812 Sackgasse für  
813 Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Das Motto ist „Wachse oder  
814 weiche!“,  
815 produziere also intensiver und billiger. Wir müssen dieses System grundsätzlich  
816 ändern, so  
817 dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als  
818 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-  
819 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise  
820 anzuhetzen. Immer mehr Landwirt\*innen erkennen, dass dieser Weg in die Sackgasse  
821 führt.  
822 Gemeinsam mit den Bäuer\*innen wollen wir zu einer standortangepassten Tierhaltung  
823 kommen.

819 Auch beim Ackerbau ist spätestens seit der Dürre 2018 klar, dass wir eine  
820 Strategieänderung  
821 brauchen. Wir wollen, dass Böden so bewirtschaftet werden, dass sie CO<sub>2</sub> speichern  
822 und  
823 Wetterextreme abpuffern. Und wir wollen darauf hinwirken, dass widerstandsfähigere  
824 Kulturen  
825 und Sorten angebaut werden, um den Extremsommern – die in der Zukunft Normalität  
826 sein  
827 könnten – besser trotzen zu können.

824 Unsere Ernährung trägt zu einem Fünftel zu unserer schlechten Klimabilanz bei. Vor  
825 allem der  
826 übermäßige Fleischkonsum ist hierfür verantwortlich. Global betrachtet verursacht die

- 826 Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich.  
Heute
- 827 wandert ein Drittel der weltweiten Getreideernte in die Futtertröge. Klar ist: Die  
828 Produktion und der Konsum von Fleisch müssen sinken, Dumpingpreise der  
Vergangenheit  
829 angehören.
- 830 Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:
- 831 • Radikaler Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) und Qualifizierung der Gelder der  
832 Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab  
833 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann  
nur  
834 noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.  
835 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen  
836 Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern. Wir müssen alle bestehenden  
und  
837 sich durch die GAP-Reform ergebenden Möglichkeiten nutzen, um eine  
klimagerechtere  
838 Landwirtschaft voranzubringen.
  - 839 • Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche:  
Dafür wollen  
840 wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den  
Ökolandbau  
841 investieren.
  - 842 • Umbau der industriellen Tierhaltung in tiergerechte Haltung: Die Landwirtschaft  
soll  
843 ihre Tierhaltung art- und klimagerecht umbauen. Die Bestände sollen dabei  
reduziert  
844 werden, der Tierbestand soll flächengebunden sein und maximal bei zwei  
845 Großvieheinheiten pro Hektar liegen, perspektivisch noch darunter. Im Gegenzug  
soll es  
846 eine Förderung für den Stallumbau geben. Damit reduzieren wir Methan- und  
Lachgas-  
847 Emissionen und schützen Regenwälder vor Abholzung für europäischen  
Fleischkonsum und -  
848 export. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Fleisch teurer wird.
  - 849 • Auflegen eines Brachflächenprogramms als Kurzfristmaßnahme: Landwirtinnen  
und  
850 Landwirte, die ihren tierhaltenden Betrieb aufgeben wollen, sollen diesen an  
einen  
851 staatlichen Fonds verkaufen können, der die Flächen in eine extensive Nutzung  
oder  
852 Brache überführt.
  - 853 • Verbot von Importen von Futtermitteln und Palmöl von gerodeten Flächen bzw.  
von  
854 Flächen, für die natürliche Ökosysteme zerstört wurden durch gesetzliche



855 Regelungen im  
Rahmen des Waldaktionsplans auf EU-Ebene.

- 856 • Anpassung des deutschen Düngerechts an die Anforderungen der EU-Kommission  
857 für Klima-,  
Natur- und Wasserschutz: Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete  
858 neben  
einem verbesserten Düngemanagement die Menge an Düngemitteln, die  
859 ausgebracht werden  
darf, deutlich begrenzen. Wenn das Ordnungsrecht nicht zeitnah Erfolge erzielt,  
860 soll  
ab 2022 eine Stickstoffabgabe erhoben werden.
- 861 • Fördern von Permakultur: Sie bietet höchste Produktivität auf minimalem Raum  
862 und ist  
gut für Böden und Humus.
- 863 • Reduzierung der Fleischproduktion: Wir wollen über die Konsequenzen des  
864 Fleischkonsums  
aufklären und setzen uns für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und  
865 veganer  
Ernährung ein. Darum fördern wir ein größeres Angebot an vegetarischen und  
866 veganen  
Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen.
- 867 • Entwickeln von Alternativen zu Fleisch: Fleischersatz aus pflanzlichen Zutaten  
868 sowie  
künstlich hergestelltes Fleisch werden zukünftig eine größere Rolle spielen. Die  
869 Erforschung solcher Alternativen halten wir für richtig und wichtig, denn sie  
eröffnen  
870 eine Perspektive, tierisches Eiweiß ohne Tierleid, Nitrat und mit deutlich  
geringerer  
871 Klimabelastung herzustellen. Auch wenn sie noch nicht marktfähig sind,  
unterstützen  
872 wir sie. Dies ist zudem ein Weg, um die Tierbestände zu reduzieren und die  
873 Landwirtschaft zu extensiveren. Er sollte weiter gegangen werden.
- 874 • Förderung regionaler Produktion: Bei der Art und Weise, wie wir uns ernähren,  
875 setzen  
wir auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt,  
876 auf dem  
Land und in der Gemeinschaftsverpflegung. Zugleich entwickeln wir nachhaltige  
877 Ernährungsstrategien, worüber auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt  
wird.
- 878 • Eindämmen von Lebensmittelverschwendung: Bis 2030 muss die  
879 Lebensmittelverschwendung  
halbiert werden – das ist eins der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Um das zu  
880 erreichen, brauchen wir verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der  
881 Wertschöpfungskette und einen gesetzlichen Wegwerfstopp für Supermärkte und  
882 Lebensmittelproduzent\*innen. Für lang haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder

883 Hülsenfrüchte wollen wir das Mindesthaltbarkeitsdatum aufheben. Handels- oder  
EU-  
884 Normen, die dazu führen, dass zu kleines oder unförmiges Obst und Gemüse gar  
nicht  
885 erst die Supermarktregale erreicht, wollen wir abschaffen, Lebensmittelpenden  
886 erleichtern und Containern straffrei machen.

### 887 **Wälder schützen...**

888 Wir brauchen Wälder, die der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz  
889 betreiben. Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen,  
gesunden  
890 Waldes kann viele Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes  
auch  
891 dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den  
Fehlern  
892 der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen,  
brauchen wir  
893 jetzt naturnahe Laubmischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den  
Dürresommer 2018  
894 und die Hitzeperioden dieses Jahres droht jetzt ein neues Waldsterben. Die Waldpolitik  
muss  
895 daher auf allen Ebenen umsteuern:

- 896 • Umwandlung von Holzplantagen in naturnahe Wälder und ökologische  
Bewirtschaftung  
897 gesetzlich festlegen und fördern; alte Wälder dauerhaft schützen und mit einem  
898 Moratorium den Einschlag alter Bäume stoppen,
- 899 • Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste  
900 Finanzspritze für den kranken Wald einführen; Förderung immer nach dem Prinzip  
901 „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ ausgeben,
- 902 • Wiederbewaldung mit standortheimischen Baumarten auf zerstörten  
Waldflächen, in Auen  
903 und Niederungen fördern,
- 904 • fünf Prozent, perspektivisch zehn Prozent Urwaldflächen bundesweit  
festschreiben, in  
905 öffentlichen Wäldern bereits heute zehn Prozent Urwaldfläche verbindlich  
machen,
- 906 • Holzverbrauch senken: Die wertvolle Ressource Holz muss effizient und  
nachhaltig  
907 genutzt werden. Dafür wollen wir die Kaskadennutzung fördern, in der  
Holznutzung für  
908 langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle steht. Erst  
ganz am  
909 Ende einer Nutzungskette sollten kurzlebige Holz- und Papierprodukte entstehen  
oder  
910 Holz als Energieträger verbrannt werden. Die Nutzung von landbasierter

- 911 Biomasse für  
energetische Zwecke darf nicht weiter ausgebaut werden. Die direkte  
912 Verbrennung von  
Frisch-Holz muss zurückgehen,
- 913 • Kohlenstoffsенке des Waldes durch Ausweisung von Naturwäldern verbunden mit  
einer  
914 Reduktion des jährlichen Holzeinschlags und der Förderung von Waldflächen mit  
915 natürlicher Waldentwicklung erhalten, um Anpassungsprozesse an die Klimakrise  
zu  
916 ermöglichen,
  - 917 • die Nutzung von landbasierter Biomasse für energetische Zwecke nicht weiter  
ausbauen,  
918 die direkte Verbrennung von Frisch-Holz verringern, stattdessen durch  
Kaskadennutzung  
919 aus weniger Holz mehr machen.

920 **...und Moore auch.**

- 921 Entwässerte Moore setzen Klimagase frei. Besonders landwirtschaftlich genutzte  
Moorböden,  
922 die zwar nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands  
ausmachen,  
923 emittieren 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft.  
Moorschutz  
924 würde daher auf die Fläche gerechnet überproportional hohe Einsparungen in den  
925 Treibhausgasen bedeuten. Daher ist Moorschutz wichtig und notwendig.
- 926 • Moore renaturieren: Die schnelle Wiedervernässung von Mooren ist von  
927 überproportionalem Nutzen zur Einsparung von Treibhausgasen. Deshalb starten  
wir ein  
928 gemeinsames großflächig wirksames Moorrenaturierungsprogramm von Bund  
und Ländern und  
929 stoppen den Umbruch, die Entwässerung und die Zahlung von  
Agrarsubventionen für die  
930 Bewirtschaftung entwässerter Moorböden ab 2021.
  - 931 • 50 Prozent des entwässerten Waldes sollen bis 2030 wiedervernässt werden.
  - 932 • Für alle bundeseigenen Moorflächen muss die Entwässerung bis 2030 gestoppt  
werden.
  - 933 • Paludikultur, also die landwirtschaftliche Nutzung nasser Hoch- und Niedermoore,  
934 wollen wir als Landwirtschaft anerkennen und in die Agrarförderung aufnehmen.  
Dazu  
935 starten wir ein Investitionsprogramm und eine Klimaschutz-Flächenprämie.
  - 936 • Aus der Gewinnung von Torf wollen wir aussteigen und Torf durch erneuerbare  
937 Alternativen ersetzen.

938 6f. Green Finance

- 939 Der Finanzsektor ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Mit einer breit angelegten  
Strategie  
940 sorgen wir dafür, dass Anlagekapital in Zukunft Klimaschutz statt Klimazerstörung  
941 finanziert:
- 942 • Alle Akteure – Banken, Versicherungsunternehmen und Rating-Agenturen –  
müssen Risiken,  
943 die sich aus nicht nachhaltigen Investitionen ergeben, konsequent  
berücksichtigen. So  
944 können Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder den Klimazielen von  
Paris  
945 zuwider arbeiten, von den Anleger\*innen auf den Finanzmärkten abgestraft  
werden. Das  
946 heißt für sie höhere Zinsen und schlechterer Zugang zu Kapital.  
947 Nachhaltigkeitskennziffern müssen in der Berichterstattung regelmäßig  
offengelegt  
948 werden.
  - 949 • Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der  
Bewertung  
950 durch Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum  
Beispiel  
951 durch Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen oder durch Aufschläge  
bei  
952 Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken  
bergen.
  - 953 • Damit Kleinanleger\*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld  
mit gutem  
954 Gewissen anlegen können, brauchen wir ein EU-Label für nachhaltige  
Finanzprodukte mit  
955 starken ökologischen und sozialen Standards. Anhand eines einfachen  
956 Klassifizierungssystems und klarer Standards für Grüne Anleihen können  
Anleger\*innen  
957 sich einfach über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlage informieren. Auch  
958 werden sie bei jedem Beratungsgespräch verpflichtend gefragt, wie  
959 Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen berücksichtigt werden sollen.
  - 960 • Die Europäische Zentralbank muss ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz  
leisten. Als  
961 Sicherheiten sollte sie nur noch Vermögenswerte akzeptieren, die mit unseren  
962 Klimaschutzzielen konform sind.
  - 963 • Auch für die öffentliche Hand brauchen wir endlich neue Anlagerichtlinien, denn  
die  
964 Pensionen für die Beamten oder auch für die Beschäftigten der Bundesagentur  
für Arbeit  
965 müssen nach Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Der  
Bund kann  
966 dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er  
seine

967 Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des  
Klimas  
968 machen, beenden (Divestment).

## 969 **7. Klimaschutz in Bildung und Wissenschaft**

970 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für uns Grundlage politischer Entscheidungen. Sie  
zeigen

971 Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche Probleme,  
wie zum

972 Beispiel den menschengemachten Klimawandel, auf. Aktuelle Studien, wie zum  
Beispiel zum

973 Schmelzen der Permafrostböden, zeigen, dass die Klimakrise bereits weiter  
fortgeschritten

974 ist als bisher angenommen. Der notwendige Weg, die globale Erhitzung zu begrenzen,  
erfordert

975 gesellschaftliche Auseinandersetzung, deren wissenschaftliche Begleitung sowie eine  
„Bildung

976 für nachhaltige Entwicklung" (BNE).

977 Die Pariser Klimaziele sowie wissenschaftliche Erkenntnisse umzusetzen, bedeutet  
auch

978 negative Emissionen – also das Rückholen von Kohlendioxid aus der Atmosphäre – bis  
Ende des

979 Jahrhunderts in erheblichem Umfang zu erreichen. Das kann zumindest teilweise  
gelingen,

980 indem CO<sub>2</sub> in Wäldern oder Böden dauerhaft gebunden wird. Wir wollen deshalb  
Forschung und

981 Erprobung von Technologien für negative Emissionen unterstützen.

982 Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon,  
genau

983 hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie schon  
bei der

984 Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß  
menschlicher

985 Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten  
986 Organismen. Das gilt auch für technische Maßnahmen des „Geoengineerings“, mit  
denen in die

987 biogeochemischen Prozesse der Erde eingegriffen werden soll, etwa indem Meere  
gedüngt oder

988 Schwefelaerosole in der Stratosphäre ausgebracht werden, um die Wolken aufzuhellen  
und die

989 Sonneneinstrahlung zu reflektieren. Dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen  
Politik

990 entspricht das nicht. Wir werden alle Optionen am Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der

991 Umkehrbarkeit messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in  
der

992 Folge neue Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig  
gemacht

993 werden können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen

die

994 Freiheit. Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:

- 995 • Klimagerechtigkeit muss in allen Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen,  
996 Volkshochschulen, Hochschulen etc.) und non-formalen Bildungsorten auf allen  
997 Ebenen  
997 besser verankert werden. Ausgehend von der zeitlich bedingten Notwendigkeit,  
998 muss  
998 Bildung für nachhaltige Entwicklung im gesamten Bildungs- und  
999 Wissenschaftssystem  
999 maßgeblich das Grundverständnis, die Strukturen, Inhalte und Ziele bestimmen.
- 1000 • Für ein noch besseres Verständnis der ökologischen Herausforderungen braucht  
1001 es unter  
1001 anderem Klima-, Energie- und Akzeptanzforschung, Forschung zur Zukunft der  
1002 Arbeit und  
1002 (Agrar-)Wirtschaft, Überwindung der „Wissens-Verhaltens-Lücke“ und  
1003 Innovationen in der  
1003 Klimafolgenanpassung.
- 1004 • Wir brauchen insgesamt mehr Vielfalt in allen Wissenschaftsbereichen. Dabei ist  
1005 es für  
1005 uns zentral, dass die Wissenschaft frei und unabhängig von  
1006 Verwertungsinteressen  
1006 bleibt. So müssen zum Beispiel einige Bundeszuwendungen verstetigt werden.  
1007 Anderenfalls werden unvorhersehbare, kreative Ideen und interessanter Dialog  
1008 verloren  
1008 gehen.
- 1009 • Wir wollen bestehende Grenzen zwischen den Wissenschaftsfeldern aufbrechen  
1010 und trans-  
1010 und interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit  
1011 der  
1011 Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, Forschung mit  
1012 Anwohner\*innen  
1012 sowie lokalen Initiativen in Reallaboren zu ermöglichen.
- 1013 • Öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben schon  
1014 immer einen  
1014 Vorbildcharakter gehabt, was nachhaltige Entwicklung betrifft. Sie müssen durch  
1015 klimagerechte Maßnahmen insbesondere bei Mobilität, eigenem Energiekonsum,  
1015 Gebäude und  
1016 Beschaffung bis spätestens 2030 klimaneutral sein.

## 1017 **8. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz**

1018 Unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden Menschen mit geringen Einkommen  
1018 mehr als  
1019 Menschen mit hohen. Daher ist Klimapolitik immer auch Sozialpolitik. Zugleich ist klar,  
1019 dass  
1020 Preiserhöhungen sozial ausgewogen sein müssen. Wir wollen den Klimaschutz als  
1020 Gesellschaft  
1021 gemeinsam und fair miteinander gestalten. Die notwendige Transformation der

Wirtschaft kann

1022 nur gelingen, wenn sie ökologisch und gleichzeitig sozial ist. Die ökologische Frage ist  
1023 auch immer eine soziale Frage.

1024 Wir stellen sicher, dass die Menschen von ökologisch-sozialer Modernisierung profitieren:

- 1025 • Aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanzieren wir ein Energiegeld von  
1026 zunächst 100 Euro, das jede Bürgerin und jeder Bürger erhält. Da Menschen mit niedrigem  
1027 Einkommen in der Regel weniger CO<sub>2</sub> produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon.
- 1028 • Kaufpreisprämien müssen in niedrigeren Preissegmenten höher sein als in  
1029 teureren Preissegmenten.
- 1030 • Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und Stromsperren  
1031 verhindern, von denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen  
1032 Lebenslagen betroffen sind.
- 1033 • Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein Klimawohngeld einführen und so für  
1034 Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Modernisierungen ermöglichen.
- 1035 • Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische  
1036 Kaufentscheidungen. Wir wollen das Tarifvertragssystem stärken, den Mindestlohn  
1037 erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine  
1038 bessere Bezahlung der sozialen Berufe durchsetzen.
- 1039 • Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen.  
1040 Dabei wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung und Qualifizierung sind  
1041 dabei entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung einführen, die Beratung vor  
1042 Ort verbessern und vernetzen, eine sozial gerechte Weiterbildungsförderung schaffen, die  
1043 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und  
1044 besonders betroffene Branchen zielgenau unterstützen.
- 1045 • Um Beschäftigte zu unterstützen, die aufgrund eines klimaschutzbedingten  
1046 technologischen Wandels absehbar neue Qualifikationen benötigen, schlagen wir  
ein  
1047 Klimaqualifizierungsgeld vor. Dies kommt insbesondere solchen Unternehmen zugute, die

- 1048 auf Grund ihrer Größe und ihres Umsatzes nicht ohne weiteres einen eigenen  
1049 Qualifizierungsfonds einrichten können. Voraussetzung für den Bezug des  
1050 Klimaqualifizierungsgeldes ist ein gemeinsam zwischen den Betriebspartnern  
erstellter  
1051 Business- und Qualifizierungsplan, der klar regelt, welche Maßnahmen für den  
1052 Klimaschutz getroffen und welche Qualifikationen durch die Beschäftigten  
erworben  
1053 werden müssen.
- 1054 • Für Regionen, die besonders von der Transformation betroffen sind, braucht es  
gezielte  
1055 Hilfe. Daher unterstützen wir den „Just Transition Fund“ auf EU-Ebene und wollen  
die  
1056 beihilferechtlichen Vorgaben in Sinne gerechter Transformation weiter entwickeln.
- 1057 • Um soziale Härten im Zuge des Kohleausstieges zu vermeiden, müssen im  
1058 Kohleausstiegsgesetz bzw. im Strukturstärkungsgesetz arbeitsmarkt- und  
1059 qualifizierungspolitische Maßnahmen sowohl für die direkt als auch für die in der  
1060 Zuliefererindustrie indirekt vom Braunkohleausstieg betroffenen Beschäftigten  
1061 enthalten und mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt sein. Zugleich  
müssen die  
1062 Vorbereitungen zur nachhaltigen sozialen Absicherung älterer Beschäftigter,  
1063 insbesondere in Form des Anpassungsgeldes, gerade auch im Haushalt  
unverzüglich  
1064 eingeleitet werden.
- 1065 • Wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Arbeiten verpflichtet werden,  
wenn  
1066 sie durch extreme Hitze ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Deswegen  
wollen wir  
1067 für hitzebedingte Arbeitsausfälle ein Hitzegeld einführen, welches den  
Beschäftigten  
1068 60 Prozent ihres Nettogehaltes garantiert.
- 1069 • Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Über Sozialtickets  
und  
1070 unseren Mobilpass sorgen wir dafür, dass Bahnfahren und ÖPNV gerade für  
Menschen mit  
1071 niedrigen Einkommen bezahlbar sind.
- 1072 • Wir wollen die Stromkostenpauschale aus dem Hartz-IV-Regelsatz herauslösen  
und  
1073 jährlich dynamisieren, sodass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer  
1074 Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus  
dem  
1075 Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen  
werden. Menschen,  
1076 die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet  
1077 werden.

## 1078 **9. Anpassung an das Unvermeidbare**



1079 Anpassung ist keine Alternative zur Minderung von Treibhausgasen. Jedes Zehntel  
Grad  
1080 Erderwärmung macht einen Unterschied, wie heftig die Auswirkungen der Klimakrise  
in den  
1081 nächsten Jahrzehnten sein werden. Daher kommt es auch auf jede eingesparte Tonne  
CO<sub>2</sub> an.  
1082 Doch auch bei einer Begrenzung der globalen Erhitzung auf deutlich unter 2 Grad,  
selbst bei  
1083 1,5 Grad werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich spürbar sein. Eine  
Anpassung daran  
1084 ist unvermeidlich. Die Zunahme der Extremwetterereignisse wie Dürren oder die  
1085 Extremniederschläge der vergangenen Jahre haben gezeigt, worauf wir uns einstellen  
müssen.

1086 Zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Bewältigung des  
Unvermeidbaren  
1087 braucht Deutschland einen Aktionsplan, der Klimaschutz und Klimaanpassung  
miteinander  
1088 verbindet. Damit werden Menschen, Städte, Umwelt und Natur widerstandsfähiger  
gegen die  
1089 Folgen der Klimakrise gemacht und können einen größeren Beitrag zur Minimierung  
der  
1090 Klimakrise leisten. Im Zentrum dabei steht für uns ein nationaler  
Klimafolgenanpassungsfonds  
1091 in Höhe von zwei Milliarden Euro, mit denen wir die schlimmsten Auswirkungen der  
Klimakrise  
1092 begrenzen wollen. Folgende Schritte sind aus unserer Sicht schon jetzt unerlässlich:

- 1093 • Beim Städte- und Wohnungsbau müssen wir für Hitzeschutz sorgen. Schon heute  
liegen die  
1094 Temperaturen in Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise  
zehn  
1095 Grad über denen des Umlandes. Menschen können nächtelang nicht schlafen und  
arbeiten  
1096 in klimatisierten Räumen. Wir brauchen einen Städte- und Wohnungsbau, der die  
1097 Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt. Statt Betonwüsten braucht es mehr  
Bäume,  
1098 Wasser- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen in unseren Städten, denn sie  
wirken  
1099 wie Klimaanlagen. Mit finanziellen Mitteln müssen Projekte für mehr Stadt- und  
1100 Fassadenbegrünung, Schattenflächen, Häuserdämmung sowie Kühlung durch  
Kältespeicher  
1101 und erneuerbar betriebene Wärmepumpen in den Wohnungen, aber auch hellere  
Fassaden und  
1102 hellerer Straßenbelag gefördert werden. Das ist gut für die Gesundheit der  
Menschen,  
1103 die Luft und das Klima.
- 1104 • Wir wollen Betroffene entschädigen. Derzeit sind nur 40 Prozent der Häuser in  
1105 Deutschland gegen Elementarschäden versichert und gerade in den von  
Hochwasser  
1106 gefährdeten Gebieten werden Versicherungen gar nicht mehr angeboten oder

- 1107 sind kaum  
finanzierbar. Neben angemessenen Versicherungslösungen für die Betroffenen ist  
1108 ein  
zusätzlicher Fonds für unbürokratische und zügige Entschädigungszahlungen  
aufzulegen  
1109 für Menschen, deren Existenz bedroht ist. Zudem sollen regionale Landkarten  
erstellt  
1110 werden, auf denen absehbare Gefährdungslagen kartiert sind. Ausweisungen von  
1111 Neubaugebieten in Überschwemmungsgebieten wollen wir einschränken.
- 1112 • Wir wollen den Gesundheitsschutz erhöhen. Im ersten Jahrzehnt dieses  
Jahrhunderts ist  
1113 die Zahl von Todesfällen aufgrund von Herzkrankheiten während der Hitzewellen  
deutlich  
1114 angestiegen. Besonders betroffen sind Säuglinge, Kleinkinder und ältere  
Menschen. Das  
1115 Bundesgesundheitsministerium rechnet bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer  
um den  
1116 Faktor drei bis fünf erhöhten Todesrate durch Hitzewellen. Hinzu kommen  
Folgeprobleme  
1117 wie eine massive Zunahme von Allergien, da sich etwa die Pollenflugsaison in  
den  
1118 vergangenen 30 Jahren bereits um zehn bis zwölf Tage verlängert hat. Für  
Warnsysteme,  
1119 bessere Behandlungsmöglichkeiten von klimabedingten Krankheiten sowie Hitze-  
Aktionspläne muss Geld bereitgestellt werden. Die Aktionspläne sollten eine  
1120 koordinierte Kommunikation von Tipps und Verhaltensweisen für die Bevölkerung  
1121 bei  
1122 Extremwetterereignissen beinhalten. Über eine bundesweite  
Beratungstelefonnummer  
1123 sollen Informationen zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden  
abgerufen werden  
1124 können.
  - 1125 • Wir wollen einen bundesweiten Hitzeaktionsplan verabschieden. Damit schützen  
wir die  
1126 Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden.
  - 1127 • Wir wollen die Landwirtschaft anpassen und die Forschung für robuste Pflanzen  
1128 intensivieren, damit Landwirt\*innen die Herausforderungen der Klimakrise  
meistern  
1129 können. Entschädigungen sowie Förderprogramme für technische Lösungen  
bekämpfen nur  
1130 die Symptome, sparen aber die erforderlichen Änderungen im System sowohl auf  
dem Acker  
1131 als auch in der Tierhaltung aus. Vielfältige Fruchtfolgen, angepasste Sorten und  
1132 humusreiche Böden können Trockenstress und Klimawandel besser trotzen als  
1133 Monokulturen. Alternative Forschung und Anbaumethoden müssen deutlich

- 1134 stärker  
1135 gefördert werden.
- 1136 • Wir wollen gesunde Böden fördern: Viele Regionen werden in den nächsten  
1137 Jahren mit  
1138 Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und  
1139 geschützt ist  
1140 – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Wir werden den  
1141 Humuserhalt  
1142 und -aufbau von Böden durch Umwandlung ungeeigneter Äcker in Grünland  
1143 sowie die  
1144 Ausweitung agrarökologischer Methoden wie Agroforstsysteme, Mischkulturen,  
1145 weite  
1146 Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung fördern.
  - 1147 • Wir wollen Flächen entsiegeln. Versiegelte Flächen heizen die Umgebung nicht  
1148 nur  
1149 unnötig auf, sondern können auch kein Regenwasser aufnehmen. Letzteres führt  
1150 zu  
1151 Überschwemmungen. Deshalb braucht es ein Programm zur Wiederherstellung  
1152 geschädigter  
1153 und versiegelter Böden in ihre natürliche Funktion als CO<sub>2</sub>- und Wasserspeicher.
  - 1154 • Bäume stellen Kohlenstoffsinken dar. Deshalb sind Agroforstsysteme  
1155 unabdingbar für  
1156 eine klimagerechte Landwirtschaft. Auch wollen wir den Baumstand pro  
1157 Festmeter im Wald  
1158 festschreiben und ihn durch Begrünung städtischer Umgebungen steigern. Bei  
1159 der  
1160 Aufforstung wollen wir zum Vorreiter werden. Dazu setzen wir im Rahmen eines  
1161 Waldaufforstungsprogramm auf gesunde Mischwälder und klimarobuste Arten.
  - 1162 • Wir wollen Wälder vor Bränden schützen. Für den Fall großer Waldbrände braucht  
1163 es  
1164 bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und  
1165 eine gute  
1166 Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen. Doch genauso wichtig wie eine  
1167 Waldbrandstrategie ist Waldbrand-Prävention: Dazu gehören  
1168 Vorsorgemaßnahmen wie  
1169 Schutzstreifen und Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder  
1170 insbesondere nach Sturmschäden von Monokultur-Nadelwäldern hin zu  
1171 artenreichen  
1172 Mischwäldern. Diese sind weniger brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die  
1173 Artenvielfalt.
  - 1174 • Wir wollen vor Hochwasser schützen. Hochwasserschutz ist mehr als Deiche  
1175 bauen. Mit  
1176 Blick auf die mittlerweile alle paar Jahre hereinbrechenden  
1177 Jahrhunderthochwasser ist  
1178 eine prioritäre Finanzierung des ökologischen Hochwasserschutzes überfällig.  
1179 Dazu  
1180 gehört, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben sowie eine Reaktivierung von

Auen

1162 entlang von Flüssen. Auch braucht es Hochwasserkonzepte für Städte, die  
aufgrund ihrer  
1163 massiven Versiegelung nicht für extreme Niederschläge gerüstet sind.

## 1164 **10. Klimaschutz kennt keine Grenzen**

1165 Auch wenn sich dieser Maßnahmenplan vor allem auf die national notwendigen  
Anstrengungen  
1166 konzentriert, so ist doch völlig klar: Klimaschutz kennt keine Grenzen und muss  
europäisch  
1167 und global gedacht werden.

1168 Von der Klimakrise betroffen sind weltweit zuerst jene, die die Klimakrise nicht  
verursacht  
1169 haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen,  
besonders  
1170 Frauen, in den Ländern des Globalen Südens. Wir unterstützen die ärmsten Staaten  
beim  
1171 Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Insbesondere mit  
Schwellen- und  
1172 Entwicklungsländern bauen wir Klimapartnerschaften auf und verstärken die  
klimapolitische  
1173 Zusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Entwicklungs- und  
1174 Schwellenländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, solidarische und  
1175 koordinierte Hilfe der Staatengemeinschaft erhalten. Dafür fördern wir systematisch  
1176 Klimarisikoanalysen und ein Klimarisikomanagement. Ansätze auf internationaler  
Ebene müssen  
1177 die Umsetzung der Menschenrechte, etwa der Rechte auf Nahrung, Wasser oder  
Gesundheit,  
1178 befördern und die Bevölkerung vor Ort miteinbeziehen. Lokal Betroffenen muss die  
notwendige  
1179 Umsiedlung in Würde garantiert werden, Menschen, die ihre Heimat aufgrund der  
Klimakrise  
1180 verlassen, brauchen internationalen Schutz.

- 1181 • Wir werden uns in den internationalen Klimaverhandlungen dafür einsetzen, das  
Pariser  
1182 Klimaabkommen zu einem internationalen Regime weiterzuentwickeln, das von  
den Staaten  
1183 möglichst verbindliche Ziele einfordert, Vergleichbarkeit und Transparenz der  
Zieleinhaltung sicherstellt und die Nichteinhaltung sanktioniert.  
1184
- 1185 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Pariser  
Klimaabkommens  
1186 anstehenden regelmäßigen fünfjährigen Überprüfungen („global stocktakes“) der  
nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) tatsächlich dazu führen, dass die  
1187 Klimaziele  
1188 aller Staaten angemessen erhöht werden. Dafür muss sich der  
Überprüfungsprozess am  
1189 aktuellen Stand der Wissenschaft zur Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich  
unter 2

- 1190 Grad, möglichst 1,5 Grad und an Kriterien der globalen Klimagerechtigkeit orientieren.
- 1191 Gleichzeitig werden wir die Unterstützung von Ländern für die Umsetzung und  
1192 Verbesserung von NDCs in Foren wie der NDC-Partnerschaft deutlich ausbauen.
- 1193 • Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich  
1194 100 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise  
1195 zu unterstützen; der gerechte Anteil Deutschlands daran wären etwa 10 Milliarden  
1196 Dollar.  
1197 Doch wir wissen bereits heute, dass diese Summen nicht reichen werden. Wir  
1198 werden uns  
1199 daher dafür einsetzen, dass Deutschland in einem ersten Schritt jährlich 10  
1200 Milliarden  
1201 Euro aus öffentlichen Mitteln für internationale Klimafinanzierung bereitstellt, mit  
1202 denen dann auch weitere private Mittel mobilisiert werden können. Zusätzlich soll  
1203 Deutschland auch seine Zahlungen erhöhen, um die anderen nachhaltigen  
1204 Entwicklungsziele zu erreichen.
  - 1205 • Die ambitionierte Koalition der Finanzminister\*innen für Klimaschutz soll bis Mitte  
1206 2020 ein ambitioniertes Programm für die Ausrichtung der globalen Finanzströme  
1207 an den  
1208 Zielen des Pariser Klimaabkommens vorlegen. Das heißt zu Beispiel, dass  
1209 klimaschädliche Subventionen abgebaut und alle klimabedingten  
1210 Geschäftsrisiken  
1211 konsequent offengelegt werden.
  - 1212 • Deutschland sollte die strategische Klima-Allianz mit den 48 von der Klimakrise  
1213 besonders betroffenen Entwicklungsländern, die sich zu 100 Prozent  
1214 erneuerbaren  
1215 Energien und Netto-Nullemissionen verpflichtet haben, ausbauen, damit sie diese  
1216 Ziele  
1217 sobald wie möglich erreichen.
  - 1218 • Internationale Allianzen der Regionen, wie zum Beispiel die „Under2Coalition“,  
1219 werden  
1220 wir stärken und ausbauen, um auch in jenen Staaten den Klimaschutz  
1221 voranzubringen, die  
1222 derzeit Schlusslicht in der internationalen Klimapolitik sind. Dadurch stärken wir  
1223 auch die Zusammenarbeit mit subnationalen Akteuren in allen Ländern und  
1224 halten die Tür  
1225 für Länder wie die USA offen, wenn sie sich zur Rückkehr zum Pariser Abkommen  
1226 entscheiden.
  - 1227 • Wir setzen uns für ressortübergreifende strategische Partnerschaften mit den  
1228 großen  
1229 Schwellenländern für klimafreundliche Investitionsoffensiven in Mobilität,  
1230 Energie,  
1231 Digitalisierung, nachhaltige Stadtentwicklung und Schlüsselindustrien wie Stahl

1220 oder  
Zement ein.

1221 • Wir werden die Kriterien für die internationale Zusammenarbeit zugunsten  
1222 klimaneutraler Investitionen ändern und dafür sorgen, dass jede Art fossiler  
1223 Technologie nicht mehr über Exportkredite oder Bürgschaften abgesichert  
werden kann,  
1224 wenn sie nicht im Einklang mit den Zielen von Paris steht.

1225 • Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht  
prognostiziert  
1226 – allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremst fortschreitet. Wir müssen  
unsere  
1227 humanitäre Hilfe massiv erhöhen, uns auf Katastrophen bedingt durch die  
Klimakrise  
1228 einrichten und uns intensiver mit dem Recht auf Klimaflucht auseinandersetzen.  
Wir  
1229 unterstützen Entwicklungsländer im Rahmen der Agenda 2030 dabei, der  
Klimakrise  
1230 entgegenzuwirken, damit die Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht verlieren.  
Und wir  
1231 helfen ihnen dabei, nötige Umsiedlungen durch Klimakatastrophen bewältigen zu  
können.

1232 [1] Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger  
französischer  
1233 Außenminister

1234 [2] Im weiteren Text verkürzt als CO<sub>2</sub>.

1235 [3] <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/>

1236 [4] [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04\\_Stellungnahmen/  
2016\\_2020/2019\\_09\\_Brie-  
1237 f\\_Klimakabinett.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brief_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5)

1238 [5] Annahme: Bei einem Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer  
Wahrscheinlichkeit  
1239 der Zielerreichung von 67 Prozent; mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent sogar  
1,5° C  
1240 Erderhitzung.